Nr. 22. 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Ktbortusblatt.

Donnerstag, 20. Febr. 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1.20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Textspaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchhdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Erstes Blatt.

Das Volksschulunterhaltungsgesetz

Die einschlägigen Bestimmungen, die hier in Betracht kommen, ergeben sich aus den §§ 44, 45 und 47 des Gesetzes. Dieselben lauten:

1. Stadtgemeinden.

§ 44 I. Die Schuldeputation besteht aus:

1. einem bis drei Mitgliedern des Gemeindevorstandes (Beigeordneten, Schöffen usw.). An Stelle eines Gemeindevorstandsmitgliedes kann ein Stadtschulrat gewählt werden, auch wenn er nicht Mitglied des Gemeindevorstandes ist;

2. der gleichen Zahl von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung (Bürgervorsteher usw.), sowie

3. mindestens der gleichen Zahl von des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Männern, unter diesen mindestens ein Rektor (Hauptlehrer oder Lehrer einer Volksschule).

Hierzu treten:

4. der dem Dienstrange nach vorgehende oder sonst der dem Dienstalter nach älteste Ortspfarrer der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche.

Statt des vorgenannten Pfarrers kann, falls hierüber ein Einverständnis zwischen der Schulaufsichtsbehörde und der kirchlichen Oberbehörde stattfindet, ein anderer Geistlicher in die Schuldeputation eintreten.

Auf gleichem Wege ist für die Fälle der Verhinderung des geistlichen Mitgliedes als dessen Vertreter ein anderer Geistlicher zu bestimmen.

5. Sofern sich in der Stadt mindestens 20 jüdische Volksschulkinder befinden, tritt außerdem der dem Dienstrange nach vorgehende oder sonst der dem Dienstalter nach älteste Ortsrabbiner ein.

Die zuständigen Kreisschulinspektoren nehmen an den Sitzungen der Schuldeputation als Kommissare der Schulaufsichtsbehörde teil und sind auf Verlangen jederzeit zu hören.

Dem Gemeindevorstand bleibt es überlassen, den Stadtarzt und andere Gemeinde-Beamte zu den Sitzungen der Schuldeputation mit beratender Stimme anzuordnen.

Den Stadtgemeinden bleibt es überlassen, durch Gemeindebeschluß mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde die Zahl der in Nr. 1 bis 4 bezeichneten Mitglieder abweichend festzusetzen. Wenn die Zahl der zu Nr. 3 bezeichneten Mitglieder auf 4 oder mehr festgesetzt wird, so müssen darunter wenigstens 2 Rektoren oder Lehrer sein. In diesem Falle können an Stelle der Lehrer auch Lehrerinnen gewählt werden. Wählbar sind die Lehrerinnen, die an einer der Schuldeputation unterstellten Schule angestellt sind.

II. Die Mitglieder aus dem Gemeindevorstande (Beigeordneten, Schöffen usw.) und aus ihrer Zahl der Vorsitzende werden vom Bürgermeister ernannt. Der Bürgermeister ist befugt, außerdem jederzeit selbst in die Schuldeputation einzutreten und den Vorsitz mit vollem Stimmrecht zu übernehmen.

Die Mitglieder aus der Stadtverordnetenversammlung werden von dieser gewählt, die des Erziehungs- und Volksschulwesens kundigen Personen werden von den der Schuldeputation angehörigen Mitgliedern des Gemeindevorstandes (Beigeordneten, Schöffen usw.) und der Stadtverordnetenversammlung (Bürgervorsteher usw.) gewählt.

Die in I Nr. 2, 3 und 5 bezeichneten Mitglieder der Schuldeputation bedürfen der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde.

Wird eine Person, welcher die Bestätigung versagt ist, wiedergewählt, so ist, falls die Stelle nicht unbesetzt bleiben kann, und eine Ersatzwahl binnen einer zu bestimmenden Frist nicht erfolgt, die Schulaufsichtsbehörde befugt, einen Ersatzmann zu ernennen.

Die Wahlen erfolgen auf die Dauer von sechs Jahren. Inbetreff der Verpflichtung zur Übernahme der Stellen gelten die für unbesoldete Gemeindeämter bestehenden gesetzlichen Vorschriften. Die Gewählten sind berechtigt, ihr Amt nach drei Jahren niederzulegen. Die Beschlüsse der Schuldeputation werden nach Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Die Beschlußfassung kann gültig nur erfolgen, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder zugegen sind; wird die Schuldeputation zum zweiten Mal zur Beratung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so sind die erschienenen Mitglieder ohne Rücksicht auf ihre Anzahl beschlußfähig. Bei der zweiten Zusammenberufung muß auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen werden. An Verhandlungen und Beschlüssen über Gegenstände, an welchen einzelne Mitglieder persönlich interessiert sind, dürfen diese nicht teilnehmen.

Die weiteren Bestimmungen über die Vornahme der Wahlen der in I Nr. 3 und I Abs. 4 bezeichneten Mitglieder und über die Geschäftsführung der Schuldeputation werden von dem Gemeindevorstand getroffen, und unterliegen der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde.

III. Ein Mitglied der Schuldeputation, das die Pflichten verletzt, die ihm als solches obliegen, oder das sie durch sein Verhalten inner- oder außerhalb seiner Tätigkeit als Mitglied der Schuldeputation der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, welche die Zugehörigkeit zu einer Schuldeputation erfordert, unwürdig macht oder gemacht hat, kann, wenn es zu den in I Nr. 2 bis 5 bezeichneten Personen gehört, von der Zugehörigkeit der Schuldeputation durch Verfügung der Schulaufsichtsbehörde ausgeschlossen werden. Gegen diese Verfügung steht dem Mitgliede binnen 2 Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren beim Bezirksausschusse zu.

IV. Wo bisher zur Erledigung einzelner Geschäfte (Einschulung usw.) und für die besonderen Geschäfte einzelner oder mehrerer Volksschulen besondere Kommissionen unter Leitung der Schuldeputation eingesetzt sind, kann es nach Beschluß der städtischen Behörden dabei sein Bewenden behalten. Auch können solche Kommissionen durch Gemeindebeschluß neu gebildet werden.

Auf den Ausschluß der Kommissionsmitglieder und der gemäß § 5 Abs. 6 bestellten Mitglieder finden die Bestimmungen unter 3 entsprechende Anwendung.

§ 45. Durch einen Gemeindebeschluß, welcher der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde bedarf, können als Organe der Schuldeputation für eine oder mehrere Volksschulen Schulkommissionen eingesetzt werden, welche die besonderen Interessen dieser Schulen wahrzunehmen, in Ausübung der Schulpflege die Verbindung zwischen Schule und Eltern zu fördern haben und berechtigt sind, Anträge an die Schuldeputation zu stellen, auch verpflichtet sind, deren Aufträge auszuführen.

Die Schulkommissionen bestehen aus dem Bürgermeister oder einem vom Bürgermeister ernannten Magistratsmitgliede (Beigeordneten, Schöffen usw.), oder Kommissionsmitgliede als Vorsitzenden, dem etwa vorhandenen Ortsschulinspektor, dem nach dem Dienstrange vorgehenden oder sonst dem dienstältesten Ortspfarrer der evangelischen Landeskirche oder der katholischen Kirche, oder, sofern für jede Schule eine Kommission eingesetzt ist, dem nach dem Dienstrange vorgehenden oder sonst dem dienstältesten der Pfarrer, zu deren Pfarreien die Schulkinder gehören, ferner einem von der Schuldeputation zu ernennenden Rektor (Hauptlehrer) oder Lehrer (Lehrerin) der betreffenden Volksschule (Volksschulen), endlich mehreren Mitgliedern, die von der Schuldeputation aus der Zahl der zu den Schulen des betreffenden Schulbezirks gewiesenen Einwohnern gewählt werden. Für Schulen, die ausschließlich mit Lehrern einer Konfession besetzt sind, sind nur Einwohner derselben Konfession wählbar. Wegen Eintritts eines anderen Geistlichen finden die Vorschriften des § 44 I Nr. 4, betreffend des Ausschlusses von Mitgliedern, die Bestimmungen des § 44 III entsprechende Anwendung.

Wo derartige Organe unter oder neben einer Schuldeputation oder ohne eine solche schon bisher in Städten bestehen, in denen die Volksschullast den bürgerlichen Gemeinden obliegt, hat es sein Bewenden, vorbehaltlich der anderweiten Ordnung ihrer Zusammensetzung und Zuständigkeit nach den in Abs. 1 und 2 gegebenen Vorschriften. Die Aufhebung einer Schulkommission darf nur aus erheblichen Gründen mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde erfolgen.

Die näheren Anweisungen über die Zuständigkeit und die Geschäftsführung der Schulkommissionen werden von dem Gemeindevorstande getroffen. Sie bedürfen der Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde.

Kommt ein gültiger Gemeindebeschluß im Falle des Abs. 3 nicht zustande oder erläßt der Gemeindevorstand nicht die Anweisung (Abs. 4), so beschließt die Schulaufsichtsbehörde über die Zusammensetzung, Zuständigkeit und Geschäftsführung der Schulkommission.

2. Landgemeinden.

§ 47. In Landgemeinden, welche einen eigenen Schulverband bilden, ist für die Verwaltung der der Gemeinde zustehenden Angelegenheiten der Volksschulen ausschließlich der in § 46 Abs. 1 bezeichneten ein Schulvorstand einzusetzen.

Der Schulvorstand hat zugleich für die äußere Ordnung im Schulwesen zu sorgen und die Verbindung zwischen Schule und Elternhaus zu pflegen. Die näheren Anweisungen werden von der Schulaufsichtsbehörde getroffen.

Der Schulvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher, in der Provinz Westfalen und in der Rheinprovinz, außerdem dem Amtmann und Bürgermeister, einem von der Schulaufsichtsbehörde bestimmten Lehrer der Schule und dem nach dem Dienstrange vorgehenden oder sonst dem dienstältesten derjenigen Pfarrer der evangelischen Landeskirche und der katholischen Kirche, zu deren Pfarreien die Schulkinder gehören. Statt des genannten Pfarrers kann ein anderer Geistlicher eintreten, falls hierüber Einverständnis zwischen der Schulaufsichtsbehörde und der kirchlichen Oberbehörde besteht. Auf den Eintritt des Rabbiners finden die für die Schuldeputation gegebenen Vorschriften sinngemäß Anwendung. Umfaßt der Schulverband nur Schulen, die mit Lehrkräften ein- und derselben Konfession besetzt sind, so gehört weder der Pfarrer der anderen Konfession noch der Rabbiner dem Schulvorstand an.

Endlich gehören zum Schulvorstande zwei bis sechs zu den Schulen des Schulverbandes gewiesene Einwohner. Die Festsetzung der Zahl der Mitglieder erfolgt durch Beschluß der Gemeindeorgane. Die Wahl geschieht durch die Gemeindevertretung (Gemeindeversammlung).

Die gewählten Mitglieder des Schulvorstandes sowie der Rabbiner bedürfen der Bestätigung der Schulaufsichtsbehörde. Die Schulaufsichtsbehörde ist befugt, das Bestätigungsrecht auf die ihr nachgeordneten Organe zu übertragen. Der § 44 II, Absatz 4 findet Anwendung.

Betreffs des Ausschlusses von Mitgliedern des Schulvorstandes finden die Bestimmungen des § 44 III mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß die Klage im Verwaltungsstreitverfahren bei dem Kreisausschusse stattfindet.

Die Dauer der Ämter, die Verpflichtung zur Annahme der Wahlen sowie die Beschlußfassung des Schulvorstandes richtet sich nach den Vorschriften des § 44 II, Absatz 5, jedoch mit der Maßgabe, daß die gewählten Mitglieder zur Niederlegung ihres Amtes nach dreijähriger Amtsführung nur bei dem Vorhandensein eines der Entschuldigungsgründe berechtigt sind, welche im § 65 Absatz 2 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 (Gesetzs. S. 233) aufgeführt sind.

Der Vorsitzende des Schulvorstandes wird von der Schulaufsichtsbehörde in der Regel aus der Zahl der Mitglieder des Schulvorstandes bestimmt. Eine Teilung des Vorsitzes nach Geschäftszweigen ist zulässig.

Der Ortsschulinspektor ist, soweit er nicht Mitglied ist, berechtigt, an den Sitzungen des Schulvorstandes teilzunehmen, und muß zu diesen eingeladen werden. Er ist auf Verlangen jederzeit zu hören.

In Landgemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern kann auf Beschluß der Gemeindeorgane eine Schuldeputation eingesetzt werden, auf deren Zusammensetzung und Zuständigkeit die § 43 bis 45 sinngemäß Anwendung finden. In gleicher Weise können in Landgeminden mit mehr als 3000 Einwohner Schuldeputationen, jedoch nur mit Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde, eingerichtet werden.

Tages-Ereignisse.

* **Berlin**, 18. Februar 1908.

Der Kaiser wird vor Antritt seiner Mittelmeerfahrt der Insel Helgoland einen Besuch abstatten, um die neuen Uferbefestigungen zu besichtigen.

Prinz Heinrich von Preußen trat dem Berliner Verein für Luftschiffahrt bei.

Prozeß Eulenburg-Harden.

Der Erste Staatsanwalt beim Landgericht I hat Maximilian Harden benachrichtigt, daß **ein Strafantrag des Fürsten Eulenburg** eingegangen ist, der darauf beruht, daß Harden in der ersten Prozeßverhandlung gesagt habe, Fürst Eulenburg stehe in der Liste, welche das Berliner Polizeipräsidium über die Homosexuellen führe, und ferner, es sei eine bewußte Unwahrheit des Fürsten Eulenburg, zu behaupten, daß Frhr. v. Berger ohne sein Zutun Vermittelungsversuche gemacht habe. Der Staatsanwalt fordert Herrn Harden auf, sich darüber zu erklären, ob er eine solche oder ähnliche Erklärung getan habe, und eventuell das in seinen Händen befindliche Stenogramm der Verhandlungen vorzulegen. Harden hat dem Staatsanwalt geantwortet, das Stenogramm enthalte von solchen Äußerungen **nichts**; denn er habe sie nicht getan.

Der Freisinn und der Wahlrechtskampf.

Der Freisinn hat am Sonntag, um seine Wähler etwas zu beruhigen, eine Wählerversammlung abgehalten, in der die freisinnigen Männer jedoch eine **erheblich schärfere Stellung** einnahmen, als bisher. Der Liegnitzer Bücherstreit hat ihre Erregung erheblich gefördert, der neue Kultusminister bedeutet nämlich für sie eine fürchterliche Enttäuschung.

Die Versammlung fand in einem kleinen Saale statt, die Reden waren auch wohl nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Daher waren sie von erquickender Deutlichkeit. Abg. **Träger**, der große freisinnige Dichter, hatte sich schon wieder zu seiner alten Liebe zurückgefunden. „Wenn auch die „Alles- oder Nichts"-Politik häufig eine ungeschickte ist, so bin ich doch in **der Wahlrechtsfrage** der Meinung, daß hier **von Abschlagszahlungen, von übergängen keine Rede sein kann.**" Und sogar Dr. **Mugdan**, der sich doch so geschwinde zum konservativen Freisinnsmann entwickelt hat, meinte: „Die Begeisterung der weitesten Kreise bei der letzten Reichstagswahl, wo ist sie geblieben? Man hat sie totgemacht durch eine Regierung, die schließlich jedes Vertrauen ertöten muß. Was der Reichskanzler auf die Anfrage am 10. Januar erwidert hat, war eine Brüskierung des liberalen Bürgertums. Mit seiner Abweisung hat er **das Versprechen gebrochen**, das er am 4. Dezember 1907 gab."

Schließlich, nachdem noch verschiedene andere Redner kräftig gewettert hatten, nahm man eine **Resolution** an, in der die Erklärung der Preußischen Regierung in der Wahlrechtsfrage als **völlig ungenügend** hingestellt und die Fortsetzung des Wahlrechtskampfes **ohne Rücksicht auf die Blockpolitik** gefordert wird.

Zur innern Kolonisation

verlangt die Agrarkommission des Abgeordnetenhauses durch Annahme eines bezüglichen Antrages, daß die Staatsregierung mit allen Bundesregierungen über diese wichtige Frage in Verhandlung trete mit dem Ziele, daß den Rentengutsausgebern ¾ des Stellenwertes von den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung bis zum Verkauf der Pfandbriefe vorgestreckt werden solle, daß ferner die zwischen 75 und 90 Prozent des Stellenwertes liegende Hypothek von der Landesversicherung gegeben werde.

Eine eigenartige Szene

trug sich, wie die „Germania" berichtet, zu Beginn der Samstagssitzung des Reichstages zu. Während der Abg. Lattmann sprach, präsidierte der Abg. Dr. **Paasche**. Es ist bekannt, daß die genannten Herren seit ihrem Zusammenstoß bei der Hardendebatte im Reichstage in keinem allzu freundlichen Verhältnis zueinander stehen. Um so auffälliger mußte es scheinen, als der Präsident **Paasche** die **etwas lebhaften Arm- und Handbewegungen des am Rednerpult vor ihm stehenden Abg. Lattmann belustigt nachmachte**. Vielleicht geschah es unbewußt, jedenfalls sah es schlecht aus, daß der Präsident sich so gehen ließ.

Die zufriedenen Konservativen.

Daß die **Zufriedenheit** und **Anspruchslosigkeit** noch im preußischen Staate blüht, ersehen wir mit Wohlgefallen aus einem Beschluß, den der **konservative Bürgerverein „Moabit"** zu Berlin in seiner Februar-Hauptversammlung angenommen hat. Er lautet, wie folgt:

„Wir brauchen keine Änderung des preußischen Landtagswahlrechts. Wir sind sehr zufrieden mit der Verfassung des preußischen Staates, denn wir sind gewohnt, unseren Willen dem Wohle des Staates unterzuordnen!"

Weshalb Leute mit dieser rührenden Bescheidenheit nicht dagegen protestieren, daß wir überhaupt eine Volksvertretung haben, und weshalb sie sich an den Wahlen ernsthaft beteiligen, ist uns nicht verständlich.

Ausland.

Rußland.

In **Warschau** fanden gestern **acht** und in **Lodz fünf Hinrichtungen** statt.

Italien.

Antikirchliche Kundgebungen. Aus **Rom** wird uns berichtet: Anläßlich des Jahrestages der Hinrichtung **von Giordano Bruno** und im Hinblick auf die bevorstehende Beratung in der Kammer über den Religionsunterricht in den Schulen fand gestern auf dem Campo del Fiori vor dem Denkmal Giordano Brunos eine von etwa 3000 Personen besuchte öffentliche Versammlung statt, die nach den Reden von vier Sozialisten die **Abschaffung des Religionsunterrichtes** in der Volksschule forderte. Nach der Versammlung kam es zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Portugal.

über **den Mörder des Königs Carlos** und des Kronprinzen macht das Reutersche Bureau folgende Mitteilungen: Buica wurde in Vinhais, einem Dorfe von etwa 2000 Einwohnern in der Provinz Traz os Montes, geboren. Er besaß einen Bruder und zehn Schwestern; vier von den Schwestern leben gegenwärtig in Brasilien. Der Vater lebt noch und befindet sich in guten Geldverhältnissen; daß er ein Geistlicher sei, ist liberaler Schwindel. Manuel Buica trat in ein Kavallerieregiment ein, wurde Sergeant, wurde dann aber **kriegsrechtlich zu einer Festungsstrafe** verurteilt. Buica wurde dann wegen fortwährender Vergehen aus der Armee entlassen und wurde Lehrer. An dem Mordtage erklärte er seiner Schwiegermutter: „Wenn ich das Opfer eines Unfalles werden sollte, wird immer jemand vorhanden sein, der für die Kinder sorgt." Die Schwiegermutter fragte ihn, was seine Redensarten zu bedeuten hätten. Buica antwortete: „Heutzutage werden so viele Menschen verhaftet, daß es durchaus möglich ist, daß mir dies auch eines Tages passiert.' Die Schwiegermutter bemerkte, daß Buica ein Veilchensträußchen im Knopfloch trug und äußerte sich dahin, daß dies in anbetracht des erst vor kurzer erfolgten Todes seiner Frau unpassend sei. Buic erwiderte: „Ich muß heute dies Sträußchen tragen. Am Nachmittage traf Buica im Café do Gelo zwei Freunde. Von diesem Café aus begab er sich an die Mordstelle. Buica war bekannt als ein guter Schütze, er war Teilnehmer an dem letzten Wettschießen, bei dem König Carlos den Vorsitz führte. Für seine Kinder soll ausreichend gesorgt sein. Angesehene Leute haben genügend Geld gezeichnet, um die Zukunft der Waisen zu sichern. Ein Kaufmann in Lissabon zahlte für die Kinder 200 Pfund Sterling ein und stellte ihnen außerdem für Lebenszeiten ein Haus zur Verfügung.

Am Grabe der Königsmörder in Lissabon fand Samstag eine Demonstration von Tausenden statt; sie verlief ohne Zwischenfall.

Marokko.

Vorschuß für Abdul Asis. Eine Note der Agence Havas besagt: Die **marokkanische Staatsbank hat** einmütig beschlossen, daß El Morri (der nach Frankreich gesandte Finanzagent des Sultans Abdul Asis) der von ihm verlangte **Vorschuß von 2½ Millionen Franks gewährt** werde, der ausschließlich zur Bezahlung des Soldes für die marokkanischen Garnisonen in den Häfen bestimmt ist. Dieser Beschluß ist gefaßt worden mit Rücksicht auf die Interessen der Fremden, die unter etwaigen lokalen Unruhen leiden könnten, falls die scherifischen Truppen keine Soldzahlung erhielten. Die Staatsbank sorgt für die europäischen Interessen in Marokko, die sie zu vertreten hat, und hält es für ihre Pflicht, jeder Gefahr vorzubeugen. Der Beschluß der Bank kann von der französischen Regierung, welche mit Spanien den Auftrag erhalten hat, für die Sicherheit der marokkanischen Häfen zu sorgen, nur mit Genugtuung begrüßt werden.

Die Spanier in Marokko. Die Spanier haben die feste Stadt **Mar Chica** besetzt, nachdem die vom Sultan dort unterhaltene Garnison zumeist desertiert war. Die Sultansregierung ist vertraglich verpflichtet, dort eine Garnison zu unterhalten, und weil sie dieser Verpflichtung gegenwärtig nicht nachkommen kann, hielt sich Spanien für berechtigt, den Ort zu besetzen. Die spanische Garnison von Melilla wurde um 3 Bataillone verstärkt. Das spanische Kontingent soll um eine halbe Brigade Jäger verstärkt werden. Die meisten spanischen Blätter sind nicht sehr erbaut von der Entwicklung der Dinge in Marokko. Sie fürchten, ernste kostspielige Verwicklungen, bei denen für Spanien nichts Gutes herauskommt. Was in Marokko Gutes zu holen ist, werden die Franzosen einstecken. Die Spanier glauben es und wir auch.

Abdul Aziz rüstet sich zur Gegenwehr. Den Pariser Blättern zufolge wird ein Teil des von der marokkanischen Staatsbank dem Sultan Abdul Aziz gewährten Darlehens zur Ausrüstung einer Mahalla von 1500—2000 Mann dienen, mit der der Sultan den Versuch unternehmen würde Fez **wieder in seinen Besitz zu bringen.**

Türkei.

Krieg zwischen Rußland und der Türkei? Seit einigen Tagen laufen Kriegsgerüchte durch die Welt. Der Zusammenstoß türkischer und russischer Truppen hinten in Kleinasien, unweit der persischen Grenze, hat in den von der Türkei schwer bedrängten

russisch-katholischen Armeniern lebhafte Hoffnungen auf eine „Befreiung“ durch Rußland erregt. Die Türkei läßt diese Kriegsgerüchte eifrig dementieren mit dem Hinzufügen, es bestehe gar keine Ursache für derartige Befürchtungen. In Rußland denkt man darüber aber anders. Wie der Petersburger Korrespondent der „Frkft. Ztg.“ hört, stellt man sich in Zarskoje Selo zur Frage eines eventuellen Krieges keineswegs ablehnend. Skrupellos wie man ist, hält man auch jetzt wieder wie nach dem Ausbruch des russisch-japanischen Krieges einen Krieg für den einzigen Ausweg aus den inneren Schwierigkeiten! Es wird aber wohl nicht dazu kommen, denn der Sultan wird nach Möglichkeit nachgeben, da er ja keinen Krieg wagen kann.

Persien.

In Persien kriselt es wieder! Das Parlament hat gestern die Entlassung des Ministers des Innern verlangt und dem Kabinett im allgemeinen seine Unzufriedenheit ausgesprochen. Daraufhin hat der Präsident des Parlaments sein Abschiedsgesuch eingereicht, welches vorläufig nicht angenommen wurde.

Amerika.

Auf Einladung des Präsidenten Roosevelt wird der deutsche Botschafter Freiherr Speck von Sternburg nebst Gemahlin Ende dieses Monats Kuba besuchen, wo sie Gäste des dortigen amerikanischen Gesandten Morgan sein werden. Der Präsident hat den Kriegssekretär beauftragt, dem deutschen Botschafter für die Zeit seines Aufenthaltes auf Kuba einen höheren Offizier als Adjutanten beizugeben.

---

* **Berlin,** 18. Februar 1908.

+ **Der Handelsminister und die Regelung des Knappschaftswesens.** Aus Berlin wird berichtet: Unter dem 12. Februar d. Js. haben der Gewerkschaftssekretär **Effert** in Essen und die Reichstagsabgeordneten **Sachse** und **Behrens** in Berlin im Auftrage der Siebenerkommission eine Eingabe an den Minister für Handel und Gewerbe gerichtet, in der sie den Minister um **die Übernahme des Vertreteramts** in der schwebenden Frage der Satzungen des allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum, ev. um die Gewährung einer Audienz ersuchten. Der Minister für Handel und Gewerbe hat darauf folgendes geantwortet:

„Berlin, den 17. Febr. 1908. An Herrn Gewerkschaftssekretär Johann Effert in Essen. Ich habe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar d. Js. erklärt, daß ich, wenn ich von den Beteiligten darum angegangen würde, selbstverständlich bereit sei, in der Bochumer Knappschaftsangelegenheit auch weiterhin meine vermittelnde Tätigkeit eintreten zu lassen. Ich werde deshalb, wenn die Vertreter der Werksbesitzer oder die Knappschaftsältesten des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum meine Vermittelung nachsuchen, dazu bereit sei. Ich bin auch bereit, eine Deputation der Werksvertreter oder Knappschaftsältesten zu diesem Zwecke zu empfangen. Zur Zeit dürfte indes eine Notwendigkeit hierzu nicht vorliegen, weil die Frage, ob die in Ihrem Artikel: Zur friedlichen Lösung der Knappschaftsfrage (Soziale Praxis Nr. 18) gemachten Vorschläge die Grundlage für eine Einigung bilden können, schon jetzt im Schoße des allgemeinen Knappschaftsvereins einer versicherungstechnischen Prüfung unterliegen. Ich stelle anheim, den mituntergezeichneten Herren Ihrer Eingabe von Vorstehendem Mitteilung zu machen. gez. Delbrück.“

× **Endlich eine Freudenbotschaft aus Deutsch-Ostafrika.** In Deutsch-Ostafrika ist eine hochwichtige Forschungsreise soeben vollendet worden. Hauptmann Fonk von der Schutztruppe hat bei einer Reise nach dem westlichen Teile des Schutzgebietes die Schiffahrtsfähigkeit des Ulangeflusses in einer Länge von ca. 6000 Metern festgestellt. Außerdem fand Hauptmann Fonck längere Landstrecken, welche sich vorzüglich zum Anbau von Reis eignen. Welche Perspektive diese Erkundung für die Zukunft des Schutzgebietes bedeutet, beweist die Tatsache, daß im Jahre 1900 für 1,7 Millionen Mark Reis eingeführt wurde.

+ **Eine Belohnung von 10 000 Mark** hat die Gräfin Wartensleben auf die Wiedererlangung des ihr gestohlenen Schmuckes im Werte von 280 000 Mk. ausgesetzt.

× **Der Bund der Landwirte und die Blockpolitik.** Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte nahm einstimmig folgenden Beschluß an:

„Eingedenk seines Grundsatzes, des Volkes Wohl und des Vaterlandes Wohl über den Streit der politischen Meinungen zu stellen, **begrüßt der Bund der Landwirte** die von dem Reichskanzler Fürsten Bülow **eingeleitete Blockpolitik** als den Versuch einer Verständigung in dem Kampfe für die Erhaltung und Förderung nationaler Güter. Der Bund ist **bereit, hierbei mitzuarbeiten,** um nationale Ziele zu verfolgen. Über den Parteien stehend lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner, die allgemeine nationale Wohlfahrt erstrebenden wirtschaftlichen Ziele, irgendwie abdrängen zu lassen.“

÷ **Heiligenstadt** (Eichsfeld), 19. Febr. In Weißenborn ist gestern **die Spielwaren- und Christbaumschmuckfabrik von Heinrich Worbis** vollständig **niedergebrannt.** Bei den Löscharbeiten erlitten drei Personen schwere Brandwunden.

÷ **Posen,** 17. Febr. Der Theologieprofessor Catlonski in Krakau gibt demnächst **die Memoiren des Erzbischofs Stablewski** heraus, die sich besonders auf politische Vorgänge beziehen.

× **Frankfurt** a. M., 18. Febr. Wie der Frankfurter Zeitung aus Berlin gemeldet wird, wird **die Beamtenbesoldungsvorlage gegen den 10. März im Abgeordnetenhause zur Beratung gelangen,** ihre erste Lesung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen. Bis zu den Ostertagen hätte dann das Plenum Zeit, um mit allen kleineren Vorlagen so aufzuräumen, daß es sich gegen Ende April der völligen Erledigung des Beamtenbesoldungsgesetzes widmen könnte.

○ **Weimar,** 18. Febr. **Warenhaussteuer in Weimar.** Der Landtag nahm mit 16 gegen 15 Stimmen den Gesetzentwurf über die Besteuerung der Warenhäuser im Großherzogtume an.

□ **München,** 18. Febr. **Der bayrische Kultusminister gegen die studentischen Demonstrationen.** Der Kultusminister soll nach dem „Münch. Tagebl.“ der Ansicht sein, daß im Interesse der **Lehrfreiheit** und persönlichen Sicherheit der Dozenten **bessere Garantien geschaffen werden müssen,** als sie der Rektor Dr. Enders dem Professor **Dr. Bardenhewer** bei der ersten Studentendemonstration geboten hat.

Auch bei der gestrigen Vorlesung Professor Bardenhewers **wiederholten sich die Demonstrationen.** Als Professor Bardenhewer **das Auditorium** betrat, begrüßten ihn seine Anhänger mit Hochrufen, während seine Gegner mit Pfeifen antworteten.

× **München,** 18. Febr. **Prof. Bardenhewer** hat den Vorschlag des Rektors der Universität, im Priesterseminar seine Vorlesungen zu halten abgelehnt; er will in der Universität weiter lesen.

× **München,** 18. Febr. Die gestrige **allgemeine Studentenversammlung** nahm einen sehr erregten Verlauf. Der Rektor beanstandete die vorgeschlagene Resolution, die sowohl eine Ehrung für Schnitzer als ein Mißtrauensvotum gegen Bardenhewer darstellt. Das Verlangen des Rektors rief große Erregung hervor. Aus der Mitte der Versammlung wurde dem letzteren vorgeworfen, er verkümmere die akademische Freiheit, die er zu schützen berufen sei; er möge die Konsequenzen daraus ziehen. Der Rektor löste schließlich die Versammlung auf, die unter großer Erregung auseinanderging.

○ **Paris,** 18. Febr. **Ein deutscher Kaisersohn in Paris.** Sämtliche Blätter veröffentlichen heute das Bild des Prinzen Adalbert von Preußen. Besonders entzückt ist der „Matin“ von dem hohen Herrn, da sich dieser in der Redaktion des „Matin“ eigens für den „Matin“ photographieren ließ und sich einen Abzug erbat. Er bestrickte die Vertreter des Blattes durch seine Liebenswürdigkeit und gab seinem lebhaften Bedauern Ausdruck, nicht länger in Paris verweilen zu können.

× **Paris,** 17. Febr. **Prinz Adalbert von Preußen** ist heute morgen **hier eingetroffen** und wurde von Mitgliedern der deutschen Kolonie am Bahnhof empfangen. Der Prinz fuhr in einem offenen Wagen durch die Straßen von Paris und besichtigte mehrere Sehenswürdigkeiten. Abends reiste der Prinz nach Spanien ab, um in Vigo das Kommando des kleinen Kreuzers Danzig zu übernehmen.

London, 16. Febr. **Ein neues englisches Luftschiff.** Nachdem die Engländer mit ihrem vielgerühmten Luftschiff, das den stolzen Namen „Nulli secundus“ trug, kein Glück hatten, machten sie sich gleich an den Bau eines zweiten, das alles bisher Geleistete weit übertreffen soll. Es wird bereits in diesem Frühjahr so weit fertiggestellt sein, um seine Probefahrten unternehmen zu können. Es zeigt einen bis jetzt in der Luftschiffahrt **unerreichten Typ** und stellt England an die Spitze seiner Rivalen, was Kraft und Schnelligkeit anlangt. Die abgeänderten Gleitflächen geben dem Luftriesen größeres Gleichgewicht und befähigen ihn, sicher gegen den Wind zu fahren und auch schwerem Sturm zu widerstehen. Die Gondel ist zum Zwecke der Beförderung einer höheren Zahl von Menschen vergrößert. — Wir sind neugierig, wie lange der neue Typ unerreicht bleibt.

+ **Petersburg,** 18. Febr. Die Verwaltung der Moskau-Kasan-Bahn hat **Unterschlagungen in Höhe von mehreren Millionen Rubel** aufgedeckt. Der Chef des Betriebsdienstes im ersten Bezirke wurde verhaftet.

+ **Petersburg,** 18. Febr. Auf dem Marktplatze von Wassilikon bei Kiew wurde zum ersten Male eine Hinrichtung öffentlich vollzogen. Zugegen war ein Regiment, dem der Mörder, ein Soldat, angehört hatte, außerdem ein größeres Publikum, darunter viele Frauen und Kinder. Die Hinrichtung wurde unter feierlichen Zeremonien vollzogen, trotzdem der Soldat seine Unschuld immer wieder beteuerte.

÷ **Wadowice,** 18. Febr. Im Prozeß gegen die des **Bombenattentats** auf den Generalgouverneur Skalon in Moskau angeklagte Wanda Dobordzicka verneinten die Geschworenen die Schuldfrage auf versuchten Meuchelmord und auf Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz mit 12 Stimmen. Nach kurzer Beratung verkündigte der Präsident die **Freisprechung** der Angeklagten. Diese verneigte sich dankend vor dem Gerichtshof. Sie wurde **mit Blumen überschüttet** und sofort auf freien Fuß gesetzt.

Barcelona, 18. Febr. **Bombenexplosionen in Spanien.** Gestern abend erfolgte hier wiederum eine Bombenexplosion, wodurch **eine Frau getötet** und eine andere Frau und ein Kind verwundet wurden. Im Laufe des gestrigen Abends war in Paris das Gerücht verbreitet, auf **König Alfons sei ein Attentat** verübt worden. Wahrscheinlich hängt das Gerücht mit dem oben geschilderten Vorfall zusammen. Eine spätere Meldung besagt, daß **mehrere Personen getötet** und eine Anzahl verletzt worden sind.

Zu den **Bombenwürfen in Barcelona** wird weiter berichtet: Die erste Explosion ereignete sich in der San Ramonstraße, wo viele Arbeiter wohnen. Eine Frau und ein Kind, die Tochter des Apothekers Torres, wurden verwundet, viele Personen infolge des furchtbaren Knalles ohnmächtig. Andere stürzten sich in eine wilde Flucht. Als Sprengkörper wurde ein **Schrapnell** aus der spanischen Geschützwerkstatt Trubia verwandt. Die Bruchstücke flogen soweit, daß sie nur durch Zufall nicht mehr Schaden angerichtet haben. Im weiten Umkreise sind die Fensterscheiben zertrümmert. Eine halbe Stunde später erfolgte ein **neuer fürchterlicher Knall** in der **Pen de la Creu-Straße** in der Nähe des Geschäftshauses der Zeitung „El Liberal“. Eine alte Frau wurde von etwa 30 Nägeln, womit der Sprengkörper geladen war, in die Beine getroffen und starb gleich unter großen Schmerzen. Es war ein herzzerreißender Auftritt, als ihre Tochter die Leiche erkannte. Eine andere Frau wurde an den Beinen verbrannt, ein Greis verwundet. Die Erregung, Bestürzung und Entrüstung sind sehr groß. Die Urheber des Verbrechens sind unbekannt. Die Morgenblätter bezeichnen diese neuen Verbrechen als die Antwort der Terroristen auf die Aufhebung der Verfassungsbürgschaften, die, wie die Regierung noch gestern im Parlament bei der Beratung der Indemnitätsvorlage versicherte, weitere Anschläge verhindern würde. Alle Blätter verlangen die Absetzung der unfähigen Behörden.

≈ **Belgrad,** 18. Febr. **Konflikt zwischen Montenegro und Serbien.** Der serbische Vertreter in Cettinje wurde beauftragt, von dem montenegrinischen Ministerpräsidenten Genugtuung zu verlangen für die beleidigenden Ausdrücke, die dieser im Parlament Serbien gegenüber gebraucht habe. Falls die verlangte Genugtuung verweigert wird, beabsichtigt Serbien die diplomatischen Beziehungen abzubrechen.

Heer und Flotte.

Über Heeresstärken und Heeresausgaben

macht Oberstleutnant **Gotz,** Abteilungschef des Kriegsministeriums, im Mil. Wochenbl. interessante Angaben. Danach ist in der Zeit von 1870 bis 1907 **der russisch-französische Zweibund** in der Heeresstärke um rund 768 000 Köpfe gewachsen und verfügt über eine Friedenspräsenz von rund 1 868 000 Mann, während der Zuwachs beim **Dreibund** nur rund 397 000 Mann und die Gesamtstärke 1 237 000 Mann beträgt, so daß wir dem Zweibund um 631 000 Mann nachstehen. Dabei ist jedoch zu bemerken, daß die Offiziere nicht gleichmäßig eingerechnet sind und besonders, daß bei Rußland die betreffenden Zahlen nur auf dem Papiere stehen. **Deutschland** hat auf den Kopf der Bevölkerung für Heer und Flotte eine jährliche Ausgabe von 20,20 ℳ, **Frankreich** von 28,37 ℳ. Die Ausgaben für Heer und Flotte wuchsen in den genannten 37 Jahren in Deutschland um 196 Prozent, in Frankreich um 132, in **Italien** um 88, in **England** um 93 und in **Österreich-Ungarn** um 120 Prozent. Der **französische Soldat kostet** jährlich 351,40 ℳ, **der deutsche** 391,20 ℳ. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß bei uns der Mann täglich 22 Pfg., in Frankreich **dagegen** täglich nur 4 Pfg. Löhnung erhält.

Westfalen — Rheinland.

Dülmen, den 20. Februar.

★ **Die Landwirtschaftskammer Westfalen** klagt in einem Rundschreiben an die Kreisvereine, daß dem Kartoffelbau, sowie der Verwertung der Kartoffel in der Provinz Westfalen erheblicher Schaden droht durch das Auftreten verheerender Krankheiten und durch den Abbau der ertragreichsten und gängigsten Kartoffelsorte, der Magnum bonum. Gerade diese Kartoffel sei für die Volksernährung, namentlich im Industriegebiet, von hohem Werte, weil sie nicht nur hohe Erträge gibt, sondern auch an Wohlgeschmack noch im Mai und Juni und an Haltbarkeit bis in den Sommer hinein alle anderen Sorten in unserem Klima übertrifft. Wenn es nicht gelinge, für diese, anscheinend dem Abbau verfallene Sorte Ersatz zu schaffen und der in manchen Gegenden Westfalens verheerend auftretenden Blattrollkrankheit Einhalt zu tun, so werde nicht nur der heimischen Landwirtschaft eine tiefe Wunde geschlagen werden, sondern auch die Volksernährung erheblich darunter leiden. Um diese drohenden Gefahren abzuwenden, hat die Landwirtschaftskammer eine besondere Kommission eingesetzt, die die gesamte Kartoffelfrage zu untersuchen und Vorkehrungen zu treffen hat, die geeignet sind, größerem Schaden vorzubeugen.

★ **Aus dem Reichsanzeiger.** Dem Herrn Pfarrer Eduard Cortain zu Berlin (früher in Dülmen) ist der Rote Adlerorden vierter Klasse verliehen worden.

Ein industrielles Unternehmen wird in nächster Zeit an der Chaussee nach Seppenrade, nahe der Dernekämper Schule entstehen. Es handelt sich um die Anlage einer Seifenfabrik. Die maschinelle Einrichtung ist bereits teilweise aus Hamburg eingetroffen und hat man auch in einem provisorischen Schuppen schon jetzt mit der Herstellung begonnen.

a. **Jubiläum.** Wiederum kann ein Angestellter der A. Laumann'schen Buchhandlung, Herr Buchbinder FranzSchulmeyer auf eine 25jährige Tätigkeit in obiger Firma zurückblicken. Zur Erinnerung an diesen seltenen Tag veranstaltete das Personal der Firma eine besondere Feier, in der so recht das schöne Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und -nehmer zum Ausdruck kam. Seitens der Firma wurde dem Jubilar ein größeres Geldgeschenk debitiert. Die Angestellten überreichten ebenfalls ihrem Mitarbeiter einige sinnige Gaben. Möge dem Jubilar auch eine weitere 25jährige Tätigkeit beschieden sein! Auf noch viele Jahre!

★ **Invalidenversicherung der Gefangenen.** Um den Strafgefangenen die Anwartschaft auf Invalidenrente zu erhalten, hat der Minister des Innern an die sämtlichen Gefängnisverwaltungen Preußens einen Erlaß gerichtet, dahin lautend, für die Gefangenen auch ohne deren Zustimmung Invalidenmarken weiter zu kleben bis zu der für die weitere Anwartschaft erforderlichen Höhe von 20 Marken in zwei Jahren, und zwar sollen diejenigen Marken weitergeklebt werden, die auf der Invalidenkarte am meisten vertreten sind.

★ **Für Postzeitungsabholer.** Bei den Postanstalten mit einem Zeitungs-Ausgabegeschäft von größerem Umfange sollen künftig nach dem Ermessen des Vorstehers sogenannte Zeitungs-Ausgabekarten Verwendung finden. Die Zeitung wird nur gegen Vorzeigung der Karte, die in der Regel für ein Vierteljahr berechnet ist, verabfolgt. Die Karte ist daher sorgfältig aufzubewahren und bei Abholung der Zeitung jedesmal mit zur Post zu bringen. In derselben wird von dem Ausgabe-Beamten jedesmal das Datum der abgeholten Zeitung durchstrichen.

★ **Zeugnisse für Militärpflichtige.** Die Polizeibehörden, die Zeugnisse über die sittliche Führung der Militärpflichtigen auszustellen haben, nehmen bisweilen in solche Zeugnisse auch die geringfügigen Polizeistrafen auf. In anderen Fällen werden nur die nach der Verordnung des Bundesrates, betreffend die Einrichtung von Strafregistern und die wechselseitige Mitteilung der Strafurteile, in den Strafregistern geführten Strafen angegeben. Durch einen Runderlaß des Ministers des Innern werden die nachgeordneten Polizeibehörden im Interesse eines gleichmäßigen Verfahrens angewiesen, Polizeistrafen, abgesehen von den in den Strafregistern vermerkten, in die Führungszeugnisse nicht aufzunehmen.

★ **Telephonierte Telegramme.** Die Einrichtung, daß die Fernsprechteilnehmer, sowohl die für sie eingehenden, als auch die von ihnen aufzuliefernden Telegramme mittels Fernsprecher übermitteln lassen können, scheint nach amtlicher Wahrnehmung immer

---

noch wenig bekannt
ausgenommen und
nur Telegramme, di
sicherer zugestellt we
legramme von sehr g
zunehmen ist, daß
Absicht des Absende
wunschtelegramme zu
bühr für das Zuspre
die Wortzahl 10 Pfg.
me werden dem En
ziehung der Zusprech
Teilnehmern aufzuli
Telegrammaufnahme
tes zuzusprechen.
Pfg. für das Wort,
sind die tarifmäßige
richten. Der Gesamt
Teilnehmer eingezoge

= **Die Pferdebör**
die hiesige Gegend
bereits in voriger N
tag von der Essener
unschädlich gemacht
händler entlarvt wor
nach dem letzten Die
Bochumer Pferdemar
Gäule zum Verkauf
Geschick beim Handel
sie für 350 ℳ an
Pferdekenner sofort
doppelten Wert hatte
richtigte die Krimin
und Tr. verhaftete.
aus dem Staube, wur
falls verhaftet. Wie
Herrn Daldrup gestol
Farbe dieser Tage in
händlers entdeckt und
belegt worden, sodaß
in den Besitz seines

A. **Der Männer-G**
am nächsten Sonnta
Siernemann den Sc
durch ein karnevalis
Programm ist derarti
dern, Couplets und
gewiß des Jubels un
Darum seien auch an
einwandfreien, gesun
lich um 5 Uhr einzu
auch jetzt wieder de
beste Medizin austei
tagssorgen.

○ **Schöffengericht.**
Königlichen Schöffe
1. Gegen den Händle
klagt der Uebertretun
erfolgte die Verurteil
Geldstrafe von 24 ℳ
gen den Landwirt P
Otto B. zu Buldern,
versuchten Nötigung
Die Angeklagten wu
zu 10 ℳ, B. zu 50
Drechslerlehrlinge He
klagt des Diebstahls v
Buchbinders Kersting
welche hartnäckig leu
weisaufnahme überfü
verurteilt. 4. Gegen
den Arbeiter Josef
meinschaftlichen Körp
Reinhold hierselbst.
teilt u. zwar Sch. zu 2
Gefängnis, beide un
stände.

□ **Hausdülmen,**
mehr. In einer a
sammlung wurde die
Feuerwehr beschlosse
Vorstand gewählt.

w **Lüdinghausen,**
schützengilde bes
fest in Verbindung m
gen Bestehens
Stadt und dem Jub
wehr zu feiern. Der
ist noch nicht festgele
einen früheren Termi
war, also den 2., 3. u
Schützengilde zahlt a
500 ℳ; dahingegen ha
zu tragen, welche das
anstaltung eines hist
großen Kosten wegen

★ **Lüdinghausen,**
einer Eisenbah
des Kreises Lüding
Westen nach Osten du
die Hamm-Lindener
z. Zt. viel Interesse
mentschieden, ob die
sen-Ascheberg-Drenstei
Kirchen-Herbern-Mersc
neue Bahn soll haupt
nächst im Kreise Lüdi
bergwerken einen beq
Möglichkeit zu versch
mund-Ems-Kanal zuz

★ **Olfen,** 15. Fe
seinem Arbeitskollegen
Kumpanen gegenüber
hielt mit ihnen ein

≅ Die Teufelsuhr.

Original-Detektivnovelle von **Paul Loose.**

4) —o— (Nachdruck verb.)

Else Schröder brachte zwei Laternen von verschiedener Größe und fragte: „Meinen Sie, daß der Vater da hereingegangen ist?

„Ja, Fräulein, er hat da drinnen gearbeitet und kann nun nicht wieder heraus. Wir wollen ihm heraushelfen. Sie müssen nun ganz ruhig warten. Wir kommen bald zurück.“

Trotz der beruhigenden Worte schien sie etwas zu ahnen. Aber ohne weitere Frage setzte sie sich auf eine alte Kiste nieder und stellte die Küchenlampe auf den Boden; man sah ihr an, daß sie selbst Tage geduldig warten würde, wenn es nötig sei.

Eine Vermutung Strackes wurde ihm zur Gewißheit. Sicher hatte Schröder an der Arbeit nicht mitgeholfen. Vielleicht aus abergläubischen Gründen nicht, als er hörte, wohin der Gang führen sollte. Er mochte oft versucht haben, seinen Gast von dem Plane abzubringen, selbstredend ohne Erfolg. Sicher hatte er auch dem Manne gegenüber, der ihm durch seine Stellung, seine Bildung und vor allem durch sein Geld überlegen war, kein energisches Auftreten gezeigt. Er sollte ja überhaupt nicht sehr energisch gewesen sein. Deshalb hatte ihn Kramer auch überreden können. Vielleicht war es nicht so ganz leicht gegangen, aber man weiß ja, welche Überredungsgabe Leute besitzen, die von einer Idee erfüllt und fanatisiert sind. Sie hypnotisieren geradezu ihre Objekte, und obendrein war Kramer noch ein Mann von besonders großer Willensstärke. Als nun der Forscher eines Tages aus dem Gang nicht mehr zurückkehrte, mag Schröder wohl schlaflose Nächte gehabt haben. Die Furcht vor der Polizei verhinderte ihn, um Hilfe zu bitten, und die Furcht vor Knochengerippen und Geistern, selbst nach dem Rechten zu sehen. So hin und her schwankend, hatte er tatlos verharrt und auf einen glücklichen Gedanken gewartet, der ihn erretten sollte. Aber die Zeit verstrich und er mußte sich sagen, daß man nachforschen werde. Schließlich würde man noch glauben, daß er seinen Gast ums Leben gebracht und ausgeraubt habe. Als er endlich mit dem Scharfblick des Verfolgten gestern in dem Wohnungssucher einen Kriminalbeamten zu erkennen glaubte, beschloß er, den letzten Versuch, den er so lange verzögert hatte, zu wagen. Auch die letzte, schwache Möglichkeit einer glücklichen Lösung durfte nicht außer Acht gelassen werden, ehe er zur Polizei ging, alles angab und sich als Teilnehmer an einem Einbruche angab. Er dachte an seine Ehre und die seines Kindes. Da raffte er sich auf, betrat den ins geheimnisvolle Dunkel führenden Gang, und — ihn traf das Gleiche, das Kramer getroffen hatte.

Stracke glaubte ja zu wissen, was dies sei. Bald sollte es sich zeigen, ob er Recht hatte. —

Die beiden mußten wohl oder übel in den Gang hinein. Der Boden bestand aus einer Art Tonmergel, in den große Kalksteinplatten und Trümmer eingebettet waren. Wenn sie vorsichtig gingen, brauchten sie um ihre Anzüge nicht sehr besorgt zu sein.

Der Gang war nicht wagerecht, sondern führte in schräger Richtung nach unten. Sicher hatte sich Kramer, ehe er ans Werk ging, ganz genaue Pläne und Urkunden verschafft und war völlig orientiert gewesen. Als sie etwa ein Dutzend vorsichtige Schritte zurückgelegt hatten, sagte Stracke: „Senken Sie immer Ihre Laterne und halten Sie sie dicht über den Boden; ich halte meine hoch.“

„Ah, richtig,“ sagte Weil verständnisvoll, „Kalkgebirge, Kohlensäure. Schweres Gas, sammelt sich in Gängen und Höhlen. Scheint schon einem das Leben gekostet zu haben.“

„Abwarten. Passen Sie nur gleich auf.“

„Sagen Sie doch,“ Weil blieb stehen, „wie konnte er denn den Gang bauen, wenn hier Kohlensäure ist?“

„Wir wissen noch nicht, ob er ihn fertig bekommen hat. Bei einem Hieb oder Spatenstich hat er eine Quelle des tötlichen Gases geöffnet, im Nu erfüllte es den Gang und er erstickte.“

„Dann müßten wir doch im Keller etwas bemerkt haben,“ entgegnete Weil.

Stracke wußte hierauf nichts zu erwidern.

Die Flamme der tiefgehaltenen Laterne wurde nicht kleiner, sie färbte sich nicht bläulich, sondern sah genau so aus, wie sonst auch.

Man stieg und rutschte noch einige Schritte, dann blieb Weil stehen. „Was ist das für ein Keller?“

Die erhobene Laterne leuchtete im Gewölbe wie ein Glühkäfer.

„Sehen wir erst zu, wie die Luft ist.“

„Ich merke nichts besonderes. Natürlich dumpf und moderig, das war ja sicher. Aber von Gasen ist nichts zu merken. Es läßt sich hier schon zur Not aushalten.“

Also mit der Kohlensäure war es nichts. Na, dann hatte die Sache eben einen anderen Grund und der sollte jetzt erforscht werden.

„Passen Sie auf, ich mache Licht,“ sagte Stracke. „Ich habe einen Magnesiumdraht.“

Zugleich erfüllte ein blendend weißes Licht das Gewölbe.

Hatte man aber etwa gehofft, ein gewaltiges Gemach zu sehen, so sollte man enttäuscht werden. Tritt man in der Finsternis in einem unbekannten Raum, so ist man bekanntlich immer geneigt, ihn für viel größer zu halten, als er in Wirklichkeit ist. Hier trugen auch noch die Säulen, welche die beiden beim Scheine der Laternen schon vorher gesehen hatten, dazu bei. Diese Säulen waren aus Steinen aufgemauert und hatten sicher zwei Fuß Durchmesser; rein unwillkürlich schloß man da schon auf eine bedeutende Höhe der Decke. Das sollte sich aber schnell als Irrtum erweisen. Die ganze Höhe betrug etwas über drei Meter. Von der Decke hingen Ketten und Haken herab; überall an den Wänden und Säulen sah man eiserne Ringe zum Anbinden. An der gegenüberliegenden Wand standen ein bankartiges Gestell, eine Leiter, eine Winde und ein großer, eiserner Rost. Dazu hingen noch mancherlei Geräte an der Wand, und die große Kiste in der Ecke enthielt vielleicht noch mehr. In der Mitte des Gemaches hing

---

eine große eiserne
den an einer Kette
deren Wandseite st
und mehrere Eichen

„Das ist ja eine
rief Weil aus. „
Nun verstehe ich d
Stracke, Sie sagen
unheimliche Schweig
licher Bestien — vo
— auf die Nerven g
wirklich! Wenn ich
in keinem Panoptik
sind und dies ni
wirklich mal echt ist,
schrieen haben und d
und an die Wände
im Halbdunkel in
Grabesschweigen, so

(Fort

noch wenig bekannt zu sein. Von dem Zusprechen ausgenommen und durch Boten abgetragen werden nur Telegramme, die auf diese Weise schneller und sicherer zugestellt werden können, zum Beispiel Telegramme von sehr großer Länge oder von denen anzunehmen ist, daß die Zustellung durch Boten der Absicht des Absenders mehr entspricht, wie Glückwunschtelegramme zu Familienfesten usw. Die Gebühr für das Zusprechen beträgt ohne Rücksicht auf die Wortzahl 10 Pfg. Die zugesprochenen Telegramme werden dem Empfänger außerdem gegen Einziehung der Zusprechgebühr zugestellt. Die von den Teilnehmern aufzuliefernden Telegramme sind der Telegrammaufnahmestelle des Haupttelegraphenamtes zuzusprechen. Die Aufnahmegebühr beträgt 1 Pfg. für das Wort, mindestens 20 Pfg. Außerdem sind die tarifmäßigen Telegrammgebühren zu entrichten. Der Gesamtbetrag wird monatlich von dem Teilnehmer eingezogen.

= **Die Pferdediebe,** welche im vorigen Sommer die hiesige Gegend unsicher machten, und, wie wir bereits in voriger Nummer meldeten, am Donnerstag von der Essener Strafkammer für längere Zeit unschädlich gemacht wurden, sind von einem Pferdehändler entlarvt worden. Am 28. August, zwei Tage nach dem letzten Diebstahl, besuchten die beiden den Bochumer Pferdemarkt, wo sie drei der gestohlenen Gäule zum Verkauf anboten. Hier erregte sie das Geschick beim Handel um einen braunen Wallach, den sie für 350 ℳ anboten. Der Händler, der als Pferdekenner sofort sah, daß das Tier wohl den doppelten Wert hatte, schöpfte Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei, die alsbald erschien und Tr. verhaftete. Schaller machte sich rechtzeitig aus dem Staube, wurde aber am nächsten Tage ebenfalls verhaftet. Wie wir hören, ist eins der dem Herrn Daldrup gestohlenen Pferde von mausgrauer Farbe dieser Tage in Essen im Besitz eines Lumpenhändlers entdeckt und von der Polizei mit Beschlag belegt worden, sodaß der Bestohlene jedenfalls wieder in den Besitz seines Eigentums kommen wird.

A. Der Männer-Gesangverein „Germania" wird am nächsten Sonntag, nachm. 5 Uhr, im Hotel Siernemann den Schluß des Dülmener Karnevals durch ein karnevalistisches Konzert krönen. Das Programm ist derartig reich mit humoristischen Liedern, Couplets und Theaterstücken ausstaffiert, daß gewiß des Jubels und Lachens kein Ende sein wird. Darum seien auch an dieser Stelle alle Freunde eines einwandfreien, gesunden Humors gebeten, sich pünktlich um 5 Uhr einzufinden. Die „Germania" wird auch jetzt wieder den Beweis liefern, daß sie die beste Medizin austeilt gegen Griesgram und Alltagssorgen.

○ **Schöffengericht.** In der heutigen Sitzung des Königlichen Schöffengerichts wurde verhandelt: 1. Gegen den Händler Wilh. M. zu Münster, angeklagt der Uebertretung der Gewerbesteuergesetze. Es erfolgte die Verurteilung des Angeklagten zu einer Geldstrafe von 24 ℳ event. 8 Tagen Haft. 2. Gegen den Landwirt Paul W. sowie den Ackerknecht Otto B. zu Buldern, angeklagt der Beleidigung und versuchten Nötigung Frhr. v. Rombergscher Förster. Die Angeklagten wurden verurteilt und zwar W. zu 10 ℳ, B. zu 50 ℳ Geldstrafe. 3. Gegen die Drechslerlehrlinge Heinrich H. und Franz K., angeklagt des Diebstahls von Zigaretten zum Nachteil des Buchbinders Kersting hierselbst. Die Angeklagten, welche hartnäckig leugneten, wurden durch die Beweisaufnahme überführt und zu je 30 ℳ Geldstrafe verurteilt. 4. Gegen den Former Franz Sch. sowie den Arbeiter Josef D. von hier, angeklagt der gemeinschaftlichen Körperverletzung des Maurers Frz. Reinhold hierselbst. Die Angeklagten wurden verurteilt u. zwar Sch. zu 20 ℳ Geldstrafe, D. zu 8 Tagen Gefängnis, beide unter Annahme mildernder Umstände.

—o—

□ **Hausdülmen,** 19. Febr. Freiw. Feuerwehr. In einer am Sonntag abgehaltenen Versammlung wurde die Gründung einer freiwilligen Feuerwehr beschlossen und ferner der provisorische Vorstand gewählt. Gut Schlauch!

w **Lüdinghausen,** 18. Febr. Die Bürgerschützengilde beschloß am Sonntag, ihr Vereinsfest in Verbindung mit der Feier des 600jährigen Bestehens Lüdinghausens als Stadt und dem Jubelfeste der freiwilligen Feuerwehr zu feiern. Der Tag des gemeinsamen Festes ist noch nicht festgelegt. Es wurde vorgeschlagen, einen früheren Termin, als ursprünglich beabsichtigt war, also den 2., 3. und 4. August, zu wählen. Die Schützengilde zahlt an die Stadt den Betrag von 500 ℳ; dahingegen hat die Stadt sämtliche Unkosten zu tragen, welche das Fest erfordert. Von der Veranstaltung eines historischen Festzuges wurde der großen Kosten wegen Abstand genommen.

★ **Lüdinghausen,** 18. Febr. Dem Projekt einer Eisenbahn, welche den südlichen Teil des Kreises Lüdinghausen in der Richtung von Westen nach Osten durchschneiden und bei Ahlen in die Hamm-Mindener Bahnlinie einmünden soll, wird z. Zt. viel Interesse zugewandt. Es ist jedoch noch unentschieden, ob diese neue Linie über Lüdinghausen-Ascheberg-Drensteinfurt, oder Olfen-Selm-Südkirchen-Herbern-Mersch geführt werden wird. Die neue Bahn soll hauptsächlich dazu dienen, den demnächst im Kreise Lüdinghausen entstehenden Kohlenbergwerken einen bequemen Bahnanschluß sowie die Möglichkeit zu verschaffen, ihre Kohlen dem Dortmund-Ems-Kanal zuzuführen.

★ **Olfen,** 16. Febr. Der Bergmann K. stahl seinem Arbeitskollegen den Lohn von 56 ℳ. Seinen Kumpanen gegenüber zeigte er sich als nobler Herr, hielt mit ihnen ein Trinkgelage ab und plauderte

---

eine große eiserne Lampe mit mehreren Dochten an einer Kette herab; seitwärts an der anderen Wandseite standen ein Tisch, eine Bank und mehrere Eichenstühle.

„Das ist ja eine komplette Folterkammer!" rief Weil aus. „Pfui Teufel, wie interessant! Nun verstehe ich das Ganze . . . Aber, Herr Stracke, Sie sagen ja nichts? Ist Ihnen das unheimliche Schweigen in diesem Käfig menschlicher Bestien — von Bestien erbaut, meine ich, — auf die Nerven gefallen? Das kann es auch wirklich! Wenn ich mir überlege, daß wir hier in keinem Panoptikum oder Ausstellungsraum sind und dies nichts Nachgemachtes, sondern wirklich mal echt ist, und daß hier Menschen geschrieen haben und das Blut auf den Boden lief und an die Wände spritzte, und man steht hier im Halbdunkel in der Moderluft, ringsum Grabesschweigen, so kann man wohl —"

(Fortsetzung folgt.)

---

dann auch frei von dem unredlichen Erwerb seines Geldes. Plötzlich vermißte er seine gestohlene Barschaft. Ob das unrechte Gut seinen Besitzer gewechselt hatte, oder abhanden gekommen war, ließ sich nicht feststellen. Aber der Gendarmerie-Wachtmeister erhielt Kenntnis von der unerlaubten Tat, verhaftete den Dieb und brachte ihn ins Gerichtsgefängnis zu Lüdinghausen.

★ **Cappenberg,** 18. Febr. Heute starb im Clemenshospital zu Münster unser allverehrter Pfarrer Ludwig Rothmann im Alter von 71 Jahren. Am 16. März 1836 zu Münster geboren, wurde er dortselbst am 3. Dezember 1859 zum Priester geweiht. Der Verstorbene hat 21 Jahre als Pfarrer unserer Gemeinde segensreich gewirkt. R. i. p.

★ **Darfeld,** 18. Febr. Pfarrer Dickmann †. Gestern nachmittag 5 Uhr starb nach kurzer und schwerer Krankheit, wohlvorbereitet durch den Empfang der hl. Sakramente, unser hochw. Herr Pfarrer Bernhard Dickmann. Geboren zu Bottrop am 6. August 1841, zum Priester geweiht am 5. Aug. 1865, wirkte er 18 Jahre als Vikar zu Oelde. 1890 wurde er zum Pfarrer von Darfeld ernannt. Wegen seiner Leutseligkeit und Wohltätigkeit besaß er das Vertrauen der ganzen Gemeinde. R. i. p.

★ **Anholt,** 16. Febr. Leopold, Fürst zu Salm-Salm, Wild- und Rheingraf, Herzog von Hoogstraaten, Graf von Anholt, der Chef des Gesamt-Fürstenhauses Ober-Salm, ist, wie wir bereits in voriger Nummer kurz meldeten, heute morgen nach mehrwöchigem Krankenlager gestorben. Fürst Leopold war am 18. Juli 1838 geboren. Er war vermählt seit dem 12. Juli 1893 mit Eleonore Prinzessin von Croy, die im Jahre 1903 starb. Die Ehe war kinderlos. Sein Nachfolger als Stammhalter ist sein Bruder Fürst Alfred, geboren 1846. Letzterer ist seit dem Jahre 1869 mit Rosa Gräfin von Lützow vermählt. Dieser Ehe sind sieben Kinder entsprossen, von denen der älteste Sohn, Emanuel, der jetzige Erbprinz, mit Maria Christina Erzherzogin von Oesterreich vermählt ist. Fürst Alfred, der wegen seiner Wohltätigkeit hier allgemein beliebt war und verehrt wurde, — noch auf dem Sterbebette hat er der Stadt ein Krankenhaus vermacht —, war der größte Grundbesitzer Westfalens. — Die Beisetzung erfolgt am Donnerstag in der fürstlichen Gruft.

★ **Unna,** 18. Febr. Zur Warnung vor dem Gebrauch von Geheimmitteln möge folgender Fall dienen. Ein hiesiger älterer Mann erlitt am Sonntag nach der Heimkehr vom Vormittags-Gottesdienste einen Rheumatismusanfall. Der Mann gebrauchte nun ein auf Grund einer Zeitungsanzeige bezogenes Rheumatismuspulver und wurde derartig vom Fieber ergriffen, daß noch abends der Tod eintrat. Näheres wird die sofort eingeleitete gerichtliche Untersuchung ergeben.

★ **Bremen** bei Werl, 18. Febr. Bei Besichtigung des Strathmannschen Hauses gab der Mörder an, die Hoftür sei vor der Tat verschlossen gewesen. Da habe er sie mit einem Dietrich öffnen wollen. Dieses sei ihm nicht gelungen. Darauf habe er versucht, durch ein Kellerfenster einzudringen. Auch dieses war vergebens. Dann sei er um das Haus gegangen und durch das Küchenfenster eingestiegen. Von da sei er nach oben auf die Schlafzimmer gegangen und habe alles durchstöbert. Als der Herr des Hauses erwachte, habe er ihn mit der Rückseite der Axt vor den Kopf geschlagen, so daß er niederfiel. Inzwischen sei die Frau erwacht. Er habe im Dunkeln auch nach ihr geschlagen, sie aber nicht getroffen. Inzwischen kam Strathmann wieder zu sich und hat sich dem Mörder widersetzen wollen, worauf Schulte Revolverschüsse abgab und Strathmann an einem Arm kampfunfähig machte. Dann hat er noch mehrere Schüsse im Dunkeln abgegeben und dabei Strathmann ins Herz getroffen. Hierauf ist der Mörder geflohen. Der Mörder ist der Bruder des früheren Dienstmädchens der Strathmannschen Eheleute und aus Rhynern gebürtig. Er war Anstreicher und deshalb wollte ihn Strathmann beschäftigen. Dadurch ist er im Hause bekannt geworden. Die Schwester hat ihn aber gleich als keinen der Besten geschildert. Es wäre wohl niemals Licht in die Sache gekommen, wenn nicht der Geheimpolizist Möller sich in eine Nebenzelle des Schulte hätte sperren lassen, um so mit dem Mörder in Briefwechsel treten zu können. Diese Kassiber wurden Schulte zum Verhängnis. Möller gelang es so, das Vertrauen des Schulte zu erwecken, der sich alsdann seinem „Mitgefangenen" anvertraute. Ursprünglich glaubte man, daß es sich tatsächlich um einen Mitgefangenen des Schulte handelte.

★ **Hagen,** 19. Febr. Zu der Angelegenheit des Mordes der Hedwig Hartmann wird der „Märk. Ztg." mitgeteilt, daß sich die Untersuchung voraussichtlich noch mehrere Wochen hinziehen wird. Der mutmaßliche Mörder Franz Hesse beteuert aufs hartnäckigste seine Unschuld und sucht diese durch eine Reihe von Behauptungen zu bekräftigen. So gibt er in neuester Zeit an, er sei mit der Hedwig Hartmann nur bis Altena gefahren, habe das Mädchen dort an einen Mädchenhändler namens Jean Dupres abgegeben und dann seine Fahrt nach Finnentrop fortgesetzt. Den Franzosen will er in Belgien kennen gelernt haben. Auf diese neue Behauptung werden umfangreiche Erhebungen angestellt. Inzwischen häufen sich die Anzeichen der Schuld des Verhafteten. So hat sich Hesse einem Mitgefangenen gegenüber in einer Weise geäußert, daß über seine Schuld keine Zweifel mehr bestehen können.

= **Altena,** 15. Febr. Durch die Aufdeckung eines raffinierten Gaunerstückchens wurde das hiesige Schöffengericht in seiner letzten Sitzung nicht wenig überrascht. Vor einiger Zeit wurde hier ein Schwindler verhaftet, der bei verschiedenen Geschäftsleuten Fünfmarkstücke hatte wechseln lassen, dabei aber die 5 ℳ mit dem Wechselgelde in die Tasche steckte und damit verschwand. Nachdem er sich als „F. D. Böhn aus Dortmund, Händler und Hausbesitzer" legitimiert hatte, wurde er wieder entlassen. Bei der nunmehr stattgefundenen Verhandlung, zu der auf Vorladung Herr F. D. Böhn aus Dortmund erschienen war, stellte es sich zu nicht geringer Überraschung der Richter heraus, daß der Vorgeladene mit dem früher Verhafteten keineswegs identisch war, was durch zahlreiche Zeugen bestätigt wurde. Der Schwindler hatte sich falscher Legitimationspapiere bedient und auf diese Weise die Polizei dupiert.

h. **Werdohl,** 17. Febr. Eine gräßliche Mordtat wurde gestern abend hier verübt. Zwei Altenaer Arbeiter gerieten vor dem Bahnhofsgebäude mit hiesigen Burschen in Streit, in dessen Verlauf dem einen der Altenaer, ein Eisenbahnschlosser, furchtbar mitgespielt wurde. Der Bauch war aufgeschlitzt, sodaß die Eingeweide hervorkamen. Ein Arzt war schnell zur Stelle, doch es war zu spät. Die Verletzungen waren derart, daß der Mann bald starb. Der Täter wurde verhaftet.

× **Bochum,** 18. Febr. Der Gauverband Westfalen der Windthorstbunde Deutschlands begeht hier am 4. und 5. April d. J. seinen 15. Gautag. Auf dem letzten Gautage in Burgsteinfurt am 15. September v. J. wurde Bochum als nächster Tagungsort einstimmig gewählt. Der westf. Gauverband umfaßt gegenwärtig 40 Bunde; eine ganze Anzahl neuer Bunde wird in nächster Zeit gegründet werden. Mögen die Tagungen für die Bundessache recht ersprießlich sein und die Jungmannschaft unserer Zentrumspartei zu neuer Arbeit anfeuern.

+ **Bochum,** 18. Febr. Die liberale Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium zeigte in der Freitagssitzung ihren „Liberalismus" wieder einmal im hellsten Lichte. Gegenüber den Wünschen auf gleichmäßige Berücksichtigung der Konfessionen verhielt man sich schroff ablehnend und gestattete die Schuldeputation den Interessen des Liberalismus entsprechend. Es zeigt sich jetzt immer deutlicher, daß die Liberalen mit Hilfe des neuen Volksschulunterhaltungsgesetzes den Versuch machen wollen, an den Grundfesten des konfessionellen Charakters unserer Volksschule zu rütteln. Heute haben sie den kleinen Finger genommen; wenn sich einst die Möglichkeit bieten wird, werden sie die ganze Hand nehmen. Auf Donnerstag, den 20. Februar, ist nun in die Tonhalle eine öffentliche Versammlung einberufen worden, in der von der Bürgerschaft, deren Mehrheit die Rücksichtslosigkeit der Liberalen nicht billigt, Protest erhoben werden soll gegen die am Freitag getätigte Wahl zur Schuldeputation.

★ **Linden** i. W., 18. Febr. Gestern abend wurde auf der Hattingerstraße die Ehefrau Liering in einer Blutlache liegend tot aufgefunden. Nach den Verletzungen ist die Frau von einem Automobil oder einem anderen Fuhrwerk überfahren worden. Die Polizei fahndet nach einem Bäckerwagen, der um jene Zeit die Straße in rasendem Tempo durchfuhr.

★ **Hattingen,** 18. Febr. Handwerkslehrling und Opernsänger. Willi Kollwitz aus dem benachbarten Welper hat nach Beendigung seiner Gesangsstudien am Kölner Konservatorium ein auf drei Jahre laufendes Engagement bei der Oper des Elberfelder Stadttheaters als Tenorist erhalten. Der junge Mann war vordem Handwerkslehrling auf der Henrichshütte.

○ **Elberfeld,** 17. Febr. Ein großer Einbruchsdiebstahl wurde in der vergangenen Nacht in einem hiesigen Uhren- und Goldwarengeschäft verübt, wobei den Einbrechern über 750 Stück Damen- und Herrenringe und -Uhren in die Hände fielen. Die Einbrecher haben von der ersten Etage aus, wo sich die Bureauräume der vereinigten Ziegelwerke befinden, ein Loch in den Boden geschnitten und sind dann in den Laden hinabgestiegen. Gestohlen wurden 300 goldene Damen- und Herrenringe, 250 Doubleeringe, 60 goldene Damenuhren, 60 silberne Herrenuhren, 2 goldene Herrenuhren, 40 goldene Broschen und ein größerer Posten goldene Uhrketten.

★ **Essen,** 17. Febr. Auf dem hiesigen Hauptbahnhof brannte gestern abend das Bahnmeisterhaus nebst Inhalt sowie ein Personenwagen ab. Der Materialschaden beträgt ca. 5000 ℳ.

★ **Aachen,** 18. Febr. Das Schwurgericht verurteilte den Postassistenten Konrad Linnartz aus Jülich wegen Unterschlagung im Amte und Urkundenfälschung unter Annahme mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis. L. hatte etwa 70 Postanweisungen im Gesamtbetrage von mehr als 1000 ℳ unterschlagen. Die veruntreute Summe wurde vom Vater des Angeklagten erstattet.

★ **Köln,** 17. Febr. Eine sozialdemokratische Broschüre in der Kaserne. Vor dem Kriegsgericht in Köln a. Rh. stand am Samstag der Sergeant Grebe vom 40. Regiment in Aachen, bei dem gelegentlich einer Spindrevision eine sozialdemokratische Agitationsbroschüre gefunden worden war. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Ungehorsams gegen einen Dienstbefehl zu sechs Monaten Gefängnis unter gleichzeitiger Freisprechung von der Anklage der Betätigung revolutionärer und sozialistischer Gesinnung.

□ **Köln,** 18. Febr. Die Gehilfen im Schneidergewerbe haben am 15. Februar den Tarif für den 31. März gekündigt, sie stellen bedeutend höhere Lohnforderungen. Die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes hat ihre Forderungen aber entschieden abgelehnt, sodaß der Ausstand im Schneidergewerbe für den 1. April zu erwarten ist.

★ **Neuenahr,** 17. Febr. Bei Ausgrabungen ist man hier auf Fangolager (Mineralschlamm heißer Quellen) gestoßen. Die vorläufigen chemischen Untersuchungen dieses Eifelfango haben ergeben, daß es bei staubartiger Trockenheit noch bis zu 29,60 Prozent Feuchtigkeit enthält und schon in diesem Zahlenergebnisse, wie auch in seinen Bestandteilen dem Fango di Battaglia sehr nahesteht. Diese Entdeckung ist für das Bad Neuenahr von unabsehbarer Bedeutung.

★ **Münstereifel,** 17. Febr. In der Nähe des Harzheimer Kreuzes, am Wege zwischen Pesch und Harzheim, wurden bei Steinbrucharbeiten zwei gut erhaltene mit Inschriften versehene Steinsärge gefunden, welche menschliche Skelette und einen Ring enthielten. Die Vermutung liegt nahe, daß sich hier eine römische Niederlassung befunden hat, da in kurzer Entfernung von der Fundstelle der Bonn-Trierer Römerweg vorbeiführt.

★ **Klein-Rosseln,** 17. Febr. Auf dem Saarkohlenkanal brachen bei Harskirchen drei junge Burschen ein, als sie über die Eisdecke schreiten wollten. Zwei derselben gerieten unter das Eis und ertranken.

Vermischtes.

Berlin, 18. Febr. Zur Charakterisierung des flüchtigen Direktors der Automobilzentrale Bohn sei folgender bezeichnender Vorgang mitgeteilt. Während Bohns Ehefrau der Auflösung entgegensah, wurde sie im Oktober v. Js. aus ihrem Lager herausgetragen, in ein blauseidenes Gewand gehüllt und zur Teilnahme an der Feier ihres Geburtstages veranlaßt. Dort ging es in Anwesenheit der an den Unternehmungen Friedbergs beteiligten Personen hoch her, es machte aber auf manche der anwesenden Frauen einen unerquicklichen Eindruck, so daß diese frühzeitig sich zurückzogen. Ein zweiter Fall fällt noch mehr in die Augen. Während Frau Bohn in den letzten Zügen lag, beging in den vorderen Räumen seiner Wohnung Bohn seine neue Verlobung mit der Isabella Scheybal bei Sekt und Gläserklang. Die neue Braut nahm dann auch an der Leichenfeier teil.

Berlin, 17. Febr. Zur Friedberg-Affäre. Die Berliner „Zeit am Mittag" veröffentlicht einen Brief des Kriminalkommissars Müller, der mit der Erhebung in der Friedberg-Affäre beauftragt ist. Müller teilt in diesem Briefe mit, er habe den Polizeipräsidenten um seine Entlassung aus dem Staatsdienste gebeten. Da Müller seit mehreren Tagen fast ununterbrochen tätig ist, so ist eine schwere nervöse Depression als Grund dieses Schreibens anzunehmen.

Braunschweig, 17. Febr. Die in Goslar auf Ersuchen der hiesigen Staatsanwaltschaft erfolgte Verhaftung des früheren Direktors Krahee steht mit der auf den Kommunionhüttenwerken in Ofer vor mehreren Monaten verübten Entwendung eines Platinschmelztiegels, der einen Wert von 40 000 ℳ hatte, in Verbindung. Krahee befindet sich im hiesigen Untersuchungsgefängnis.

Braunschweig, 17. Febr. Gestern stürzte in Blankenburg von der Teufelsmauer ein junger Franzose, namens Piquart, ab. Er ist kurze Zeit darauf an den erlittenen Verletzungen gestorben.

Flensburg, 17. Febr. Bei einer in ärmlichen Verhältnissen gestorbenen Witwe wurden in den Betten 60 000 ℳ in bar vorgefunden.

Danzig, 18. Febr. Ein Leutnant des 128. Inf.-Regts. in Danzig verübte Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Brust schoß.

Posen, 18. Febr. In der vergangenen Nacht brach in der Zuckerfabrik in Amsee ein Brand aus. Das Fabrikgebäude und die Maschinen wurden zerstört, dagegen blieb der Speicher mit den Zuckervorräten unversehrt.

Hirschberg, 17. Febr. Auf der Strecke von Hirschberg nach Boberröhrsdorf wurden heute vormittag bei starkem Schneesturm zwei Streckenarbeiter überfahren und sofort getötet.

Kattowitz, 17. Febr. Der oberschlesische Großindustrielle Kommerzienrat Hegenscheid ist gestorben.

= **München,** 18. Febr. Gegen den Schutzmann Schauer, der den Studenten Roschel erschossen hat, ist heute die Voruntersuchung abgeschlossen worden. Gegen Schauer ist Anklage wegen Körperverletzung mit nachfolgendem Tode erhoben worden.

München, 17. Febr. Heute früh 7½ Uhr wurde die Leiche des Schriftstellers Rudolf Göbel aus Berlin, Tauenzienstraße, in der Gravelottestraße in München vor dem Hause Nr. 9 auf der Straße aufgefunden. Anscheinend hat sich der Abgestürzte in dem Hause verirrt und ist auf der Suche nach einem Ausgang aus dem Fenster gestürzt.

Straubing, 17. Febr. Furchtbares Verbrechen. In Mörthing hat eine Bauerndirne ihr uneheliches Kind in einen Düngerhaufen versteckt, wo es von den Schweinen gefunden und aufgefressen wurde.

(-) **London,** 17. Febr. Passagiere des in Plymouth eingetroffenen Dampfers „Alaleo" berichten, daß an der westafrikanischen Küste sechs Europäer an der Pubonenpest gestorben sind. Da eine Verbreitung der Epidemie befürchten wird, hat die Behörde umfassende Schutzmaßregeln getroffen.

Literarisches.

Die „Vorgeschichten".

Einen interessanteren Stoff als die sogenannten „Vorgeschichten", welche in geheimnisvoller Weise dem Menschen ein zukünftiges Ereignis, meist Tod oder Brand, im voraus offenbaren sollen, dürfte es wohl nicht geben. Unerschütterlich behauptet sich im Volke seit vielen Jahrhunderten der Glaube an die wundersame Erscheinung; zahllose Vorkommnisse dieser Art werden auch in der Gegenwart noch bald hier, bald da berichtet, und besonders in Westfalen ist die Ueberzeugung von der Wirklichkeit der Sache in den weitesten Kreisen verbreitet.

In seiner vielgelesenen Schrift: „Die Sage von der Völkerschlacht der Zukunft am Birkenbaum" (2. Auflage, Köln, Verlag von J. P. Bachem, 1907) hatte der Gymnasial-Professor Dr. Zurbonsen in Münster die wundersame Erscheinung neuerdings wieder gestreift, und nun hat derselbe soeben eine besondere Schrift darüber erscheinen lassen, die von der Presse bereits mit Spannung erwartet worden und die ohne Zweifel ein ganz ungewöhnliches Aufsehen hervorrufen wird: Das zweite Gesicht (die Vorgeschichten) nach Wirklichkeit und Wesen. Köln, Bachem 1908, 1,80 ℳ. Darnach ist es sicher, daß die weitaus meisten angeblichen Fälle von Vorgeschichten, welche im Volke erzählt werden, auf Sinnestäuschung, Einbildung, Aufregung, Uebertreibung oder dergleichen beruhen und von einer wirklichen Erfüllung nicht die Rede sein kann. Ja, Zurbonsen behauptet, daß von 100 „Fällen" etwa 95 mit einer Vorgeschichte nichts zu tun haben. Immerhin bleiben genug der wirklichen Begebenheiten dieser Art übrig. — Sicherlich wird die interessante, verständliche Schrift ebenso wie des Verfassers „Völkerschlacht am Birkenbaume" viel gelesen werden und Stoff zu mancherlei Erörterungen bilden; aber eines bleibt immer wahr womit auch Zurbonsen (nach Shakespeares Hamlet) seine Darlegung über die Vorgeschichten schließt: „Es gibt mehr Ding' im Himmel und auf Erden, als eure Schulweisheit sich träumen läßt!" (Beide Schriften sind zu beziehen durch die J. Horstmannsche Buchhandlung, Dülmen.)

Handelsteil.

* **Essen,** 17. Februar. Fruchtmarkt. (Nicht amtlich.) Weizen, inländ. 20,25—21,00 Mk., fremder 23,75 bis 25,25 Mk. Roggen, inländ. 19,00 bis 19,75 Mk., fremder 22,75 bis 23,75 Mk. Hafer, inländ. 17,90 bis 18,20 Mk., fremder 18,25 bis 20,50 Mk. Buchweizen 23,50 bis 00,00 Mk. Futtergerste 15,75 bis 16,00 Mk. Mais 16,00 bis 16,75 Mk. Weizenvorschuß 29,50 bis 30,25 Mk. Roggenvorschuß 29,50 bis 30,25 Mk. Weizenkleie 11,50 bis 00,00 Mk. Alles per 100 Kg. frachtparität Essen ohne Sack bei Abnahme von Doppelladungen, mit Ausnahme von Kleie, die mit Sack gehandelt wird.

Schlachtviehmärkte: Essen. Dortmund.

Gattung	Essen Qualität: I.	II.	III.	IV.	Dortmund Qualität: I.	II.	III.	IV.
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Ochsen	76-77	71-74	67-69	00-00	74-76	70-73	65-69	58-61
Kühe	74-75	65-71	60-63	55-58	72-75	66-71	58-65	50-57
Bullen	70-00	64-68	56-62	00-00	68-70	62-67	57-61	52-56
Schafe	00-83	75-80	70-74	—	75-88	65-74	00-00	00-00
Kälber	70-72	58-54	45-51	32-42	00-00	51-53	46-50	40-45
Schweine	00-57	53-55	46-52	00-00	57-00	54-56	50-53	00-00

Die Preise verstehen sich für 50 Kilogr. Schlachtgew.

Die Bankfirma Alb. Henr. Rost, Münster i. W., teilt jetzt ihrem Kundenkreise mit, daß sie das seit 180 Jahren bestehende Bankgeschäft auf die Niederlassung des seitherigen Kommanditisten, den Westfälischen Bankverein in Münster, Filiale der Essener Kredit-Anstalt Akt.-Ges., übertragen hat.

Einladung zur Stadtverordneten-Versammlung

am Freitag, den 21. ds. Mts., nachm. 5 Uhr.

Tagesordnung:

Beschlußfassung über die Deckung des Kommunaldefizits und Festsetzung des Etats der Stadtkasse (Kämmereikasse) einschl. der Nebenetats und zwar des der Rektoratschule, der gewerblichen Fortbildungsschule und des Schulverbandes Stadt Dülmen für das Rechnungsjahr 1908.

Dülmen, den 15. Februar 1908.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:
Holthöwer.

Hochmoderne Villen, Wohnhäuser
entwirft, veranschlagt und überwacht im Bau
A. Fischer, Münster i. W.
Architekturbureau und Baugeschäft,
Augustastraße 24a. Telephon 201.

J. Bleeker, Münster i. W.
Spezialhaus für Theater- und Maskengarderobe.
Ausstattungen und Requisiten für religiöse Aufführungen und Oratorien.
Schau- u. Ritterspiele. Militär- u. Lustspiele. Turnerische Aufführungen. Lebende Bilder usw.
Vollständig neue Kostüme für Maskenbälle.

Putze nur mit
Globus
Putzextract

Brennholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 25. d. Mts. nachmittags 2 Uhr anfangend, läßt Herr **Kolon Heitmann** zu Daldrup auf seinem im Bollenfeld an Meroden Weg belegenen Grundstücken gegen Kredit verkaufen:

14 Birkenklaftern, 4 Buchenklaftern, 12 rm Espen Rundholz, mehrere Nummern Eichen, Einfriedigungspfähle und Schleute.

Dülmen, 17. Februar 1908.

Bockholt.

Brennholz-Verkauf.

Am Samstag, den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr anfangend, läßt Herr Kolon **Middeler** zu **Börnste** in der Nähe seines Hofes gegen Kredit verkaufen:

14 Birken- und Buchenklaftern, 55 Nummern Kieferschleute und eine Partie Bohnenstangen; ferner einige Pappeln u. Erlen, welche zu Holzschuhen tauglich sind.

Dülmen, 14. Febr. 1908.

Bockholt.

Verkauf!

Kolonialwaren-engros-Geschäft krankheitshalber bald zu verkaufen. Umsatz 40000 Mk. im Monat seit Jahren mit großem Erfolg betrieben.

Offerten F. F. 100 postlagernd Oberhausen Rhl

Die Arbeiten und Lieferungen **zur Errichtung eines Abortgebäudes auf dem Bahnhof Selm** sollen vergeben werden. Zeichnung und Bedingungen liegen im Zimmer Nr. 26 hier, Schwanenstraße 68 zur Einsichtnahme während der Dienststunden aus. Angebote können, soweit der Vorrat reicht, gegen gebührenfreie Einsendung von 1,50 Mark in Bar von der Bureaukasse hierselbst bezogen werden. Angebote sind versiegelt und mit entsprechender Aufschrift versehen **bis zum Eröffnungstermin am 26. Februar 1908 vormittags 11 Uhr** der unterzeichneten Betriebsinspektion einzureichen.

Dortmund, 10. 2. 08. Kgl. Eisenb. Betriebsinsp. 3.

Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt eine Preisliste des Herrn **H. Mölleck, Dülmen** über **Sämereien** bei, worauf wir unsere Leser aufmerksam machen.

PIANOS

u. Flügel in altbewährter Güte. IBACH-PIANOLA-PIANOS d. h. IBACH Pianinos mit **eingebautem** Klavierspielapparat, Pianolas mit Themodist und Metrostyle, sowie Harmoniums, empfiehlt in reicher Auswahl zu bequemen Bedingungen

Rud. IBACH Sohn
Kais. u. Königl. Hof-Flügel- u. Pianino-Fabrik, gegr. 1794
Barmen,
Neuerweg 40.

Bei Kauf, Miete, Umtausch, Reparatur oder Stimmung wende man sich an die mehr als hundertjährige Erfahrung des durch vier Generationen bestehenden Hauses

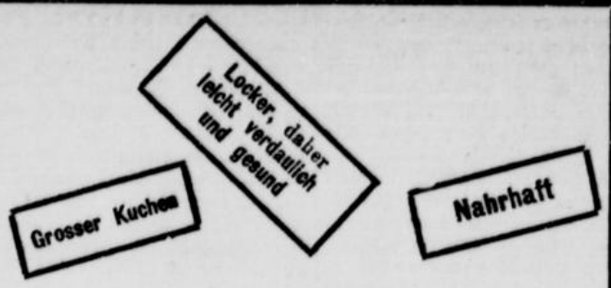
IBACH.

Verkaufe ein Kolonialwaren-Geschäft mit sehr guten Ladeneinrichtungen.
Umsatz 8 bis 9000 Mk. pro Monat.
Offerten F. F. 6 postlagernd Oberhausen Rhl.

Husten!
Wer seine Gesundheit liebt, beseitigt ihn.
5245 not. begl. Zeugnisse bezeugen den hilfebringenden Erfolg von
Kaiser's Brust-Caramellen
feinschmeckendes Malz-Extract.
Ärztlich erprobt und empfohlen gegen **Husten, Heiserkeit Katarrh, Verschleimung Rachenkatarrhe, Krampf- u. Keuchhusten,** Paket 25 Pfg., Dose 50 Pfg.
Kaiser's Brust-Extrakt Flasche 90 Pfg.
Beides zu haben bei:
Friedr. Simons in Dülmen, Felix Bürger in Billerbeck, Wilh. Schlüter in Hiddingsel.

Luhns waescht am besten

Pianinos
Neue u. gebrauchte, kauf- u. miet-weise am vorteilhaftesten b.
Bernh. Tormann, Münster i. W.
Martinstr. 4 : Prinzipalmarkt 41



Das sind die Vorzüge

eines von keiner Seite zu übertreffenden mit Reeses Backpulver hergestellten Gebäckes. Dabei besitzt

Reeses Backpulver

Triebkraft f. reichlich 1 Pfd. Mehl u. kostet nur die Hälfte

= also 5 Pfennig. =

Sie schädigen sich deshalb selbst, wenn Sie ferner für Backpulver 10 Pfg. ausgeben. Machen Sie es so, wie viele Hausfrauen, die nur noch Reeses Backpulver verwenden und in jeder Hinsicht damit zufrieden sind, was aus den uns täglich zugehenden Anerkennungen, von denen wir hier eine zum Ausdruck bringen, hervorgeht.

So schreibt uns Frau Tony H. in Essen: Ich habe alle bekannten Marken versucht, gebe aber sowohl Ihrem Puddingpulver als auch besonders Ihrem Backpulver gegen jedes andere den Vorzug.

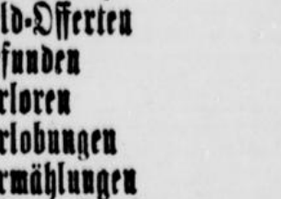
Auch Reeses Vanillinzucker besitzt grosse Vorteile, er hat ein sehr feines Aroma.



Inserieren Sie in der Dülmener Zeitung

Stellen-Gesuche
Stellen-Angebote
Miet-Gesuche
Vermietungen
Verkäufe
Kauf-Gesuche
Geld-Gesuche
Geld-Offerten
Gefunden
Verloren
Verlobungen
Vermählungen
Geburts-Anzeigen
Todes-Anzeigen
Nachrufe
Danksagungen
Heirats-Gesuche
Unterrichts-Anzeigen
Auktionen
Geschäfts-Verlegungen
Geschäfts-Uebernahmen
Firmen-Aenderungen
Ausverkäufe
usw. usw.

Sie erreichen Ihren Zweck sicher und schnell.



Dehmig-Weidlich-
Seife
aromatisch
ist die beste für den Haushalt und höchst sparsam u. ergiebig im Gebrauch!
Zu haben in **Dülmen, Haltern, Olfen, Billerbeck** und **Seppenrade** in allen besseren einschlägigen Handlungen.

P. P.
Bitte schicken Sie mir 2 Dosen Ihrer Rino-Salbe à Mk. 1.—, da ich Sie für jemand notwendig brauche, sie wirkte bei allen, bei denen ich sie gegen Beinleiden oder Hautausschläge anwendete, vorzüglich, sie ist mir unentbehrlich.
In aller Hochachtung
Schwester **Sales.**
U., Waisenhaus, den 11./2. 06.

Diese Rino-Salbe wird mit Erfolg gegen Beinleiden, Flechten und Hautleiden angewandt und ist in Dosen à Mk. 1.— und Mk. 2.— in den meisten Apotheken vorrätig; sie ist aber nur echt in Originalpackung weiß-grün-rot u. Fa. Schubert & Co., Weinböhla, Sa. Fälschungen weise man zurück.

Knappen-Verein St. Barbara Dülmen.
Sonntag, d. 23. d. Mts. Versammlung.

Rheumatis-

u. Gicht-Leidenden
teile ich aus Dankbarkeit umsonst mit, was meiner lieben Mutter nach jahrelangen gräßlichen Schmerzen sofort Linderung und nach kurzer Zeit vollständige Heilung brachte.
Fräulein Marie Grünauer, München, Pilgersheimerstr. 2/II.

Kann wegen Erkrankung für mehrere Wochen die Praxis nicht ausüben.
Dr. Wiesmann.



Schweine-Verkauf.

Am **Montag, den 24. Febr.**, vorm. 10 Uhr werde ich an der Wirtschaft **Wensing**
ca. 15 tragende Schweine
meistbietend gegen Kredit verkaufen.
Seppenrade, den 18. Febr. 1908.
Jos. Benker.

Kaufm. Lehrlingsstellen vermittelt gebührenfrei die **Vermittelungsstelle der Handelskammer.** Anfragen sind an das Bureau der Handelskammer **Münster i. W.**, Engelstraße 10, zu richten.
Die Handelskammer für den Regierungsbez. Münster.

Sohn

achtbarer evang. Eltern, welcher Lust hat die **Bau- u. Möbelschreinerei** zu erlernen, findet Stelle bei Familienanschluß. Gute Schulbildung erwünscht.

Ebenso findet ein solider
Schreinergehülfe
sofort dauernde Stellung.
Carl Liederz, Lennep Rhld., Poststraße 23.

Sohn achtbarer Eltern als
Friseurlehrling
zu Ostern gesucht.
Heinrich Middendorf, Friseur, **Hamm i. W.**, Feldstraße 50.

Wegen Verheiratung meines Knechtes, wird zum 1. April ein zuverlässiger
Ackerknecht
bei 2 Pferden, gegen guten Lohn und guter Behandlung gesucht.
A. Növer, Hiddingsell, Wirt und Fruchthändler.

Ein ordentlicher
Ackerknecht
zum 1. März oder später gesucht.
W. Schulte v. Bruch, in Caternberg bei Essen-Ruhr.

Tüchtiger, solider
Knecht
der auch landwirtschaftliche Arbeiten versteht, sofort oder per 1. März gesucht.
H. Sandgathe, Dellwig (Rhd.)

Suche zum 1. März einen tüchtigen
Schlossergehülfen,
der als Vorarbeiter bestehen kann.
Carl Peltzer,
mech. Bau- und Kunstschlosserei, **Marxloh bei Ruhrort (Rhld.)**
Marienstraße 27.

Zwei tüchtige
Einrichtsschlosser
für Kaltnietenpressen von einer Budapester Schraubenfabrik gesucht. Offerten unter „Schraubenfabrik" an das Annoncenbureau **J. Blockner, Budapest IV** erbeten.

---

2 Tischlergesellen
für Möbel per sofort gesucht.
Th. König,
mechanische Schreinerei, **Dülmen.**

Suche auf sofort einen tüchtigen
Schuhmachergesellen
welcher auch mit Maschinen vertraut ist, gegen hohen Lohn.
Heinrich Kropff, Olsberg i. W.

Ein tüchtiger, katholischer
Schuhmachergeselle
sofort gegen hohen Lohn gesucht. Dauernde Stellung.
Franz Hollender, Brauck bei Gladbeck i. W.

---

2 zuverlässige
Schneidergesellen
denen es um dauernde und angenehme Stellung zu tun ist, gegen hohen Lohn möglichst bald gesucht.
Conrad Tophinke,
Herrenmaß-Geschäft, **Neubeckum.**

Zwei tüchtige
Schneidergesellen,
1 auf Klein- und 1 auf Großstück sofort oder in 14 Tagen gesucht. Bisher gezahlter Wochenlohn 9 und 12 Mk. bei vollständig freier Station auch in der schlechten Zeit. Je nach Leistung zahle bis 15 Mk. Wochenlohn. Auf Wunsch kann auch Stücklohn eintreten. Angenehme Werkstatt, familiäre Behandlung.
B. Kreimer,
Neubeckum i. W. bei Hamm.

Durchaus tüchtiger
Bäckergehülfe
kath., zum 20. Febr. gesucht.
Joh. Reineke, Brotfabrik, **Salzkotten.**

Ein katholischer
Bäckerlehrling
gesucht, der gleich verdient von
Arnold Gessmann, Walsum.

Suche zu Ostern einen
Sohn
ordentlicher, kathol. Eltern in die Lehre.
Jos. Heisterkamp,
Bäckerei und Konditorei, **Herten, Kreis Recklinghausen.**

Auf sofort oder zu Ostern, ein
Barbier- und Friseur-Lehrling
gesucht. **Wilh. Sehrbrock,** in **Scherlebeck 154** b. Recklinghausen.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat das
Sattlerhandwerk
zu erlernen, zu Ostern gesucht. Freie Station im Hause.
Fr. Höderath, Sattlermeister, **Dortmund.**

Es kann bei mir ein
Sohn
achtbarer Eltern, der das **Tischlerhandwerk** erlernen will, zu Ostern oder 1. April in die Lehre treten.
Joseph Pinnekamp, Tischler, **Lüdinghausen.**

Lehrling und Lehrfräulein per bald oder später gesucht. Kost und Logis im Hause.
A. Krawinkel, Lippstadt i. W., Manufaktur-Modewaren.

Zum 1. April
Mädchen
für Küche und Hausarbeit gesucht gegen hohen Lohn.
Joh. Blömer,
Münster i. W., Hammerstr. 6.

Kräftiges
Mädchen
von 15—16 Jahren zum Beaufsichtigen eines Kindes und für leichte Hausarbeit bei Familienanschluß sofort gesucht. Älteres Mädchen vorhanden.
Frau G. Nopoth,
Hagen i. W., Frankfurterstr. 82

Tüchtiges
Dienstmädchen
gegen hohen Lohn gesucht.
Frau v. d. Heyden, Ronsdorf bei Elberfeld, Luisenstraße 10.

Kath. Mädchen
mit guten Zeugnissen zur Stütze der Hausfrau bei vollem Familienanschluß gesucht. Lohn nach Uebereinkunft.
Gutspächter H. Wortberg, Altenessen, Segrothstr. 233.

Mädchen
in Küche und Haushalt erfahren, bei guter Behandlung und gutem Lohn von kleiner herrschaftlicher Familie per Mitte April gesucht.
Frau Long, Elberfeld, Augustastraße 26.

Zur Stütze findet braves
Mädchen
sofort Stellung in ländlichem Hotel des Kreises Ahaus bei Familienanschluß.
Offerten unter **A. K. 20** an die Expedition ds. Blattes.

Ein braves, kathol.
Mädchen
für alle Hausarbeit zu Mai gesucht
Frau Eduard Duprè, Hagen i. W.

Suche zum 1. April nach **Münster i. W.** ein tüchtiges
Mädchen
für Hausarbeit und Küche gegen hohe Lohn. Kindermädchen vorhanden. Gute Behandlung zugesichert. Anerbieten mit Lohnansprüchen an
Frau Dr. Spiekermann, Münster i. W., Plönniesstraße 51.

Per sofort oder 1. März ein tüchtiges, fleißiges
Dienstmädchen
in ein mittelgroßes Hotelrestaurant bei gutem Lohn und guter Behandlung gesucht. Näheres bei
Valentin Nader, Gelsenkirchen, Hochstraße 43.

Ein ordentliches, fleißiges, kathol.
Mädchen
für bürgerlichen Haushalt bei gutem Lohn und Familienanschluß per April oder Mai gesucht.
Frau Gustav Freitag, Barmen, Viktorstraße 38.

Suche für meine Bäckerei und Konditorei sofort oder in 14 Tagen ein ordentliches
Dienstmädchen.
Wilhelm Leideoker, Derne, Kaiserstraße 194.

Ein junges
Mädchen,
14—15 Jahre, für Ausgänge und leichte Hausarbeit zu März oder später gesucht.
Bernhard Hagemes, Krefeld, Königsstraße 81.

Gesucht
wird eine ältere **Frau** oder **Mädchen** zur Führung eines kleineren Haushaltes.
Berginvalide Hubert Spitz, Heißen, Winkhausen Hingbergstr. 110.

Suche per sofort oder 1. März ein besseres, kathol.
Mädchen,
welches im Nähen, Bügeln, sowie Hausarbeit gründlich erfahren ist und Liebe zu Kindern hat. Offerten mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an
Frau Fritz Erasmus, Aachen, Wilhelmstraße 78.

Für besseren Privathaushalt
tücht. Mädchen
für Küche und Hausarbeit bei hohem Lohn gesucht für bald oder später.
Frau Naumann, Duisburg, Auguststraße 33.

Ein Küchenmädchen
welches die bürgerliche Küche versteht per 1. oder 15. März gesucht.
Frau Geheimrat Bardenheuer, Köln.

Wegen Erkrankung des jetzigen zum 1. März oder 1. April
Lehrköchin
ohne gegenseitige Vergütung gesucht bei Familienanschluß.
Restaurant Joh. Blömer, Münster i. W., Hammerstr. 6.

Nr. 22. — 35. Jahrgang.

Dülmener Zeitung.

Dülmener Anzeiger — Dülmen-Halterner Volkszeitung

mit der Sonntags-Beilage Liborinusblatt.

Donnerstag, 20. Febr. 1908.

Bezugspreis: Durch die Boten zugestellt 1,20 Mk. vierteljährlich, von der Expedition abgeholt 1 Mk.

Anzeigen werden mit 15 Pfg. für die einfache Petitzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen und größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Reklamen kosten in Tertispaltenbreite 50 Pfg. die Zeile.

Beilagegebühr: 5 Mk. das Tausend.

Anzeigen-Annahme bis Montag, Mittwoch und Freitag mittag für die jeweils fällige Nummer.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstags, Donnerstags und Samstags.

Expedition: J. Horstmann'sche Buchdlg. Marktstraße 11. — Fernruf 29.

Verlag der Dülmener Zeitung, G. m. b. H., Dülmen.

Druck von Breer & Thiemann, Hamm.

Verantwortlicher Redakteur: für den lokalen Teil, Anzeigen u. Reklamen B. Horstmann in Dülmen; für Politik, Feuilleton und Allgemeines A. Gockel in Hamm.

Zweites Blatt.

Deutscher Reichstag.

102. Sitzung vom 15. Februar 1908.

2. Beratung des Postetats.

Abg. **Lattmann** (wirtsch. Vgg.) meint, noch nie sei der deutsche Beamtenstand so innerlich erregt und aufmerksam den Reichstagsverhandlungen gefolgt wie diesmal. Handele es sich doch um die Zukunft des ganzen deutschen Beamtenstandes: Durch Unterstützung der Sozialdemokratie verletzt der Beamte seine Beamtenehre und sein Beamtengewissen. Herr Krätke sollte einmal als Harun al Raschid sich umsehen, er würde sehen, daß im Herzen seiner Beamten wohl noch ein fester Stamm von Vertrauen sitzt, daß es aber doch schon gewaltig in Schwanken gerät. Geben Sie Gedankenfreiheit, Herr Staatssekretär, in den Beamtenausschüssen, und zwar nicht erst nach jahrelanger, immer steigender Agitation, sondern als freie soziale Tat! Redner bespricht einzelne Punkte der Besoldungsfragen und schließt mit der Forderung, die Fernsprechgebührenreform nach dem Gesichtspunkte des städtischen Mittelstandes einzurichten.

Abg. **Kulerski** (Pole) spricht sich gegen die Ostmarkenzulage aus, die nur eine Prämie auf die Gesinnungstüchtigkeit sei. Für die Lehrer habe sie ja schon unheilvoll gewirkt.

Abg. **Werner** (Rfp.) spricht für die Ostmarkenzulage und wendet sich gegen den Standpunkt des Staatssekretärs in der Audienzfrage. Reichstag und Bundesrat sind doch gleichberechtigte Faktoren, und die Beamten haben ein begreifliches Interesse daran, nicht nur das Wohlwollen und die Zustimmung des Staatssekretärs, sondern auch der Reichstagsabgeordneten zu gewinnen.

Staatssekretär **Kraetke** wiederholt seine schon mehrmals abgegebene Erklärung, daß die Verwaltung jedenfalls einen Unterschied zwischen den geprüften gehobenen Unterbeamten und den bisherigen Inhabern der Stellen nicht machen werde. Die Verordnung über Schaffung von Arbeiterausschüssen für die Telegraphenarbeiter sei langen Erwägungen der Verwaltung entsprungen. In der Audienzfrage müsse er bei seiner Ansicht bleiben. Eine Unterstützung, um meine Wünsche im Reichstage durchzubringen, brauche ich nicht. Eine Unterstützung lasse ich mir nicht aufdrängen. Zur Kindermuhme lasse ich mich nicht herabsetzen.

Abg. Dr. **Struve** (frs. Vgg.) fordert die Herabsetzung der Dienststunden im Interesse des Dienstes und der Beamten. Ferner bittet er, dafür zu sorgen, daß die Reinigungsarbeiten nicht mehr von den unteren Beamten verrichtet werden müssen. Der Redner wendet sich dann dem Fall Schellenberg zu. Der Staatssekretär sollte doch mit dem System der Vertrauensärzte brechen. Dr. Schellenberg hatte im vergangenen Jahre am Tage der Stichwahl an einem ärztlichen Stammtisch in Wiesbaden erzählt, daß er sozialdemokratisch gewählt habe, nachdem seine Kollegen ihm berichtet hatten, daß sie mehr oder minder freudigen Herzens für Herrn Bartling gestimmt hätten. Die Kellnerin, die das hörte, teilte das einem nationalliberalen Stammtisch mit, an dem auch ein Postrat a. D. teilnahm. Dieser Herr hat dann der Oberpostdirektion die nötigen Mitteilungen gemacht. Wir legen die allerschärfste Verwahrung dagegen ein, daß selbst ein Beamter gemaßregelt wird, weil er sein Wahlrecht ausübt. Daß man akademisch gebildete Leute, die für ein sehr geringes Honorar ihre wertvollen Dienste der Postverwaltung zur Verfügung stellen, in geistige Knechtschaft hineinzwinge, das habe man sich in Wiesbaden nicht gefallen lassen, und das einzig Erfreuliche an der ganzen Sache sei, daß der Leipziger Wirtschaftliche Verband die Stelle gesperrt und daß auch das offizielle Ehrengericht, aufgefordert vom Minister durch den Oberpräsidenten zu einer Auskunft, ob die Aerztekammer Stellung zu dieser Schellenbergschen Angelegenheit nehmen würde, das abgelehnt habe. In Kiel sei ja ein ähnlicher Fall passiert, der auch eine große Erregung hervorgerufen habe. Dort sei dem Telegraphensekretär Schwarz, der als Stadtverordnetenkandidat aufgestellt werden sollte, mitgeteilt worden, daß er die Erlaubnis dazu nicht bekommen würde. Die Folge dieses ungeschickten Uebergriffes des Postdirektors war eine geringe Wahlbeteiligung, wodurch nicht 5 Bürgerliche, sondern 5 sozialistische Stadtverordnete in Kiel gewählt wurden. Die Postverwaltung hätte in ihrem Interesse gehandelt, wenn sie in Kiel wie in Wiesbaden die Finger von der ganzen Sache abgelassen hätte.

Staatssekretär **Kraetke**: Ich muß ganz entschieden gegen die Auffassung protestieren, daß Dr. Schellenberg gemaßregelt worden sei. (Lautes Lachen links.) Ich sehe darin gar keine Maßregelung. Wenn ein Mann ein Amt übernimmt, hat er auch gewisse Rücksichten zu übernehmen. Ich kann nicht jedem Unterbeamten sagen, Dr. Schellenberg hat zwar sozialdemokratisch gewählt, er ist aber kein Sozialdemokrat, es ist gar kein Makel an dem Menschen. Wenn er aber so unvorsichtig ist und über seine Stimmabgabe spricht, so ist er zu bedauern. Ich bedauere, daß dem Dr. Schellenberg dieses Pech passiert ist. Es ist unrichtig, daß wir ihn für einen Sozialdemokraten gehalten haben. Weiter muß ich nochmals betonen, daß von meiner Seite keine Zeile in irgend eine Zeitung gekommen ist. Ich nehme ganz energisch in Anspruch, daß man mir das glaubt. (Lebh. Beifall rechts, Unruhe links.)

Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.): Die Erklärung des Staatssekretärs im Falle Schellenberg kann uns nicht befriedigen. Er hätte die ganze Sache als Kellnerinnenklatsch ignorieren sollen. Abg. Eickhoff äußert sich sodann über die Audienzfrage. Die Postdirektoren sind durchaus taktvoll vorgegangen. Wenn sie monatelang auf eine Antwort haben warten müssen, kann man es ihnen gewiß nicht verdenken, daß sie sich nun auch an Abgeordnete wenden. Die Abgeordneten sind auf Informationen angewiesen, und schließlich haben wir doch auch den lebhaften Wunsch, einmal wiedergewählt zu werden. (Heiterkeit.) Redner wünscht, wie gestern der Abg. Linz, Auskunft darüber, ob bei der Neuregelung des Fernsprechwesens beabsichtigt werde, das Bergische Bezirks-Telephonnetz aufzuheben. Erfreulich sei, daß zwischen den geprüften und den anderen gehobenen Unterbeamten kein Unterschied gemacht werden soll. Viel Wert habe die ganze Prüfung nicht. Bei dem Aufrücken in gehobene Stellen sollte nur die berufliche Tüchtigkeit maßgebend sein. Daß die Beamten sich zu großen Verbänden zusammenschließen, ist ihr gutes Recht. Einen Bund der Unterbeamten für das ganze Reich wird man nicht verhindern können. Wir sind alle darin einig, daß in einer so großen Verwaltung in erster Linie Disziplin herrschen muß. Dazu bedarf es aber des Vertrauens zwischen Untergebenen und Vorgesetzten. Mögen beide Teile alles tun, was geeignet ist, dieses Vertrauen zu stärken. (Beifall.)

Staatssekretär **Kraetke**: Es besteht die Absicht nicht, das Bergische Bezirksnetz ganz aufzuheben. Eine Regelung wird aber gleichzeitig mit der Reform der Gebührenordnung stattfinden. Ich wäre ganz einverstanden, wenn die Abgeordneten Eingaben von Beamten an die Petitionskommission überweisen würden, dort würden sie die nötige Auskunft erhalten können. Wenn hier ein Abgeordneter Beschwerden vorträgt, keine Namen nennt und immer nur sagt: Diese und jene Beamtenkategorie muß aufgebessert werden! so kann ich nicht ohne weiteres darauf eingehen. Ich sehe in diesem Vorgehen eine Gefahr, denn Sie machen es dem Chef der Verwaltung unmöglich, mit seinem Personal auszukommen. Es gehört doch auch ein bischen Sachkenntnis dazu, wenn man so etwas behaupten will. Wir kommen alle auf einen viel besseren Weg, wenn wir die Petitionen der Beamten in der Kommission behandeln.

Abg. **v. Treuenfels** (kons.): Von der Linken wurde es gestern als demagogisch bezeichnet, daß unser Parteisekretär den Beamten bestimmte Versprechen schriftlich gegeben hat. Solche schriftlichen Versprechungen mißbilligen wir natürlich. Es lag dazu auch kein Auftrag vor. Ich wundere mich aber, daß die Herren von der Linken sich so sehr über unlauteren Wettbewerb zugunsten der Beamten beklagen. Wir haben einander doch so lieb. (Heiterkeit.) Unlauterer Wettbewerb ist immer das, was der andere tut, während man es eigentlich selbst tun möchte. (Heiterkeit.) Der Redner spricht dem Staatssekretär im Falle Schellenberg das volle Zutrauen der Rechten aus. (Beifall rechts.)

Montag: Weiterberatung.

* * *

103. Sitzung vom 17. Februar 1908.

2. Beratung des Postetats.

Abg. **Wiedeberg** (Zentr.): Auf die Gehaltsfrage will ich, da diese aus der Diskussion ausgeschieden ist, nicht näher eingehen. Ich möchte aber den Staatssekretär bitten, daß in seiner Verwaltung für nicht im Beamtenverhältnis stehende Postboten die Tagegelder erhöht werden. Ferner befürworte ich den Wunsch der Postunterbeamten nach freier Arztewahl. Betreffend die Telegraphenarbeiter und -Handwerker hat der Minister zwei Verfügungen erlassen, die sich mit den Beschäftigungsverhältnissen und den Arbeiterausschüssen befassen. Wir begrüßen diese Verfügungen. In denselben ist über die Arbeitszeit direkt nichts gesagt worden, aber der Statistik entnehmen wir, daß in der Zeit von 1904 bis 1906 eine Verkürzung der Arbeitszeit eingetreten ist. Im Jahre 1904 waren von rund 11 000 Arbeitern etwa 400 11 bis 12 Stunden täglich beschäftigt, 7000 10 bis 11 Stunden und der Rest 9 Stunden. Im Jahre 1906 wurde nicht mehr über 11 Stunden gearbeitet. Im Jahre 1906 waren von etwa 13 000 Arbeitern 4000 10 bis 11 Stunden und etwa 8000 9 bis 10 Stunden beschäftigt. Wir erkennen diesen Fortschritt an, wünschen aber, daß in Zukunft überhaupt nicht mehr wie 10 Stunden gearbeitet wird und daß die Postverwaltung sobald als möglich zum Neunstundentag übergehen möge.

Was den **Fall Schellenberg** betrifft, so hat man versucht, zwischen diesem und dem **Fall Grandinger** eine Parallele zu ziehen. Diese beiden Fälle liegen denn doch außerordentlich verschieden. (Sehr richtig! im Zentrum.) Dr. Schellenberg ist kein Postbeamter, er stand nur in einem freien Vertragsverhältnis zur Postverwaltung. Er hat durch sein Verhalten bei der Reichstagswahl in keiner Weise gegen seine Dienstpflicht verstoßen. Die Postverwaltung hatte höchstens das Recht, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Der Pfarrer Grandinger dagegen ist ein im Dienste der Kirche angestellter Geistlicher, und es liegen ihm daher bestimmte kirchliche Pflichten ob. Zu diesen Pflichten gehört, die religiöse Erziehung des Volkes im Sinne der Kirche zu leiten. Mit dieser Verpflichtung ist es aber schlechthin unvereinbar, wenn ein Geistlicher Bestrebungen unterstützt, die darauf hinauslaufen, **die Kirche aus der Schule herauszudrängen.** (Sehr richtig! und lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Hiergegen einzuschreiten ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der kirchlichen Behörde. (Widerspruch rechts und bei den Sozialdemokraten; Beifall im Zentr.)

Würden Sie (nach rechts) es sich gefallen lassen, wenn ein Beamter in Volksversammlungen für Bestrebungen Propaganda machen wollte, die darauf hinauslaufen, die Ordnung des Staates zu untergraben oder würden Sie (zu den Sozialdemokraten) es sich gefallen lassen, wenn ein Gewerkschaftsbeamter sich herausnehmen wollte, öffentlich gegen rechtmäßig gefaßte Beschlüsse seiner Gewerkschaft vorzugehen? Und würde es sich schließlich der Bund der Landwirte gefallen lassen, daß einer seiner Angestellten gegen Beschlüsse seines Vereins Propaganda machte? Was aber dem einen recht ist, das kann dem anderen nur billig sein. Im übrigen kann die Entrüstung der Konservativen über den Dr. Schellenberg doch wohl kaum weit her sein, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das Organ der Konservativen, die Kreuzzeitung, im Jahre 1893 bei der Stichwahl im zweiten Berliner Wahlkreise die Parole Stimmenthaltung ausgab, um den freisinnigen Kandidaten Virchow zugunsten des Sozialdemokraten Fischer zu Fall zu bringen. Das bedeutet doch auch, wenn nicht eine direkte, so doch indirekte und in ihren Wirkungen jedenfalls vollkommen gleichartige Unterstützung des sozialdemokratischen Kandidaten. (Sehr richtig! und lebhafter Beifall im Zentrum.)

Abg. **Eichhorn** (Soz.): Der Herr Staatssekretär hat sich gegenüber den Anklagen meines Fraktionsgenossen Singer betr. Verletzung des Briefgeheimnisses in die Unkosten einer künstlichen Aufregung und Entrüstung gestürzt. Dazu hatte er gar keine Veranlassung. Es ist Herrn Singer nicht eingefallen, die Postbeamten selbst zu beschuldigen oder gar beleidigen zu wollen, aber es ist doch eine Tatsache, daß im preußischen Landtag sogar von dem Minister Hammerstein zugestanden werden mußte, daß mehr als einmal Polizeispitzeln sich an Postbeamte herangedrängt haben mit der Bitte, ihnen Material über verdächtige Personen in die Hände zu spielen. Wenn die Postverwaltung alle Sozialdemokraten aus dem Dienst entfernen will, so ist das ein Terrorismus von Staatswegen. Hüten Sie sich vor einer solchen Politik, denn es könnte die Zeit kommen, wo auch die Sozialdemokraten Beamten terrorisieren, welche anderer politischer Anschauung sind und sich veranlaßt sieht, die Hungerpeitsche über sie zu verhängen.

Staatssekretär **Krätke**: Der Vorredner hat versucht, die Beschuldigungen des Abgeordneten Singer zu rechtfertigen, daß die Postbeamten das Briefgeheimnis verletzten. Seine Ausführungen ändern nichts an meiner Auffassung, daß diese Beschuldigungen eine **leichtfertige Verdächtigung der Beamten ist.** Ich kann verlangen, daß man mit **Namen und Tatsachen** herauskommt, wenn man so etwas behauptet. **Aber das scheinen die Sozialdemokraten nicht zu können.** (Bravo rechts.)

Abg. **Frhr. v. Campe** (Rp.): Mit der Einrichtung gehobener Stellen sind wir einverstanden und wir möchten sogar bitten, sie auch auf Postämter 2. oder 3. Klasse auszudehnen. Die Damen sollen nicht nunr zum Telephon-, sondern auch zum Telegraphendienst zugezogen werden. Die Fürsorge für die unverheirateten Damen ist eine soziale Pflicht der Verwaltung. Die Frage des Ortsportos sollte man doch endlich einmal ruhen lassen.

Abg. **Hug** (Zentr.) weist darauf hin, daß bei der **Beratung des Scheckgesetzentwurfes** im vorigen Monat von verschiedenen Rednern betont worden wäre, daß der Scheckverkehr erst dann im Volke Wurzeln fassen könnte und weitere Verbreitung fände, wenn auch der **Postscheckverkehr** eingeführt sein werde. Dies veranlaßt mich, einige Worte über den Postscheck zu sprechen. Der Postscheckverkehr ist im Jahre 1883 in **Oesterreich** eingeführt worden, und die Postverwaltung hat dort mit dem Postscheck gute Erfolge erzielt. Sie verwendet die von dem Stammguthaben herrührenden Kapitalien, legt dieselben an in Wechseln, Wertpapieren, Staatspapieren, Pfandbriefen usw. und erwirtschaftet einen Zins von 3½ bis 4 Prozent. Außerdem erhebt sie Gebühren für ihre Tätigkeit. Wenn man nun von den Einnahmen aus den Zinsen und Gebühren die Verwaltungskosten abrechnet, so verbleibt ein reiner Ueberschuß, der sich im Jahre 1906 auf rund 6 Millionen Kronen belaufen hat. Auch in der **Schweiz** ist der Postscheckverkehr eingeführt worden. Bei uns sollte der Postscheckverkehr im Jahre 1900 als ein Bedürfnis eingeführt werden, doch verhielt sich die **Regierung** schließlich **ablehnend.** Wenn nun aber dieser Verkehr schon im Jahre 1900 als ein Bedürfnis empfunden wurde, so ist die Notwendigkeit desselben heute noch dringender. Der Postscheckverkehr vermindert den Bedarf an umlaufenden Mitteln, er bewirkt einen Rückstrom des Goldes an die Reichsbank und unterstützt sie so in ihrer Aufgabe, den Goldschatz zu hüten. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Duffner** (Z.) begründet erneut die Resolution des Zentrums betreffend die **Verbilligung** und Vereinfachung des **Fernsprechwesens** und wünscht dann die **Aufhebung des Strafportos** und die Einführung von Vergünstigungen auf Drucksachen für Handwerks- und Gewerbekammern, wie sie die Berufsgenossenschaften und Versicherungen bereits genießen. Die Bücher in erhabener Blindenschrift müßten als Drucksachen nach einem Ausnahmetarif befördert werden. Die Einführung eines Einkilopakets empfehle sich nicht, weil dadurch dem gewerblichen und kaufmännischen Mittelstande nur Schaden zugefügt würde. Redner verlangt für die weiblichen Beamten unkündbare Anstellung, den Landbriefträgern müßten zur Beschaffung von Fahrrädern eine kleine Vergünstigung gegeben werden.

Abg. **Lehmann** (Soz.) kommt noch einmal auf den Fall Schellenberg zurück. Die nächste Antwort auf das widrige Vorgehen der Postverwaltung würde sein, **das Gehalt des Staatssekretärs abzulehnen.** Wenn die bürgerlichen Parteien den Mut hätten, diese Konsequenz zu ziehen, so würde dieser Mann auch nicht 24 Stunden mehr im Amte sein.

Damit schließt die **Diskussion.** Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Abstimmung über sämtliche Resolutionen bis zur dritten Lesung zurückgesetzt. **Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt.** Die **Sozialdemokraten stimmen dagegen,** ebenso zwei Abgeordnete von der freisinnigen Vereinigung, nämlich die Abgeordneten **Schrader** und **Dohrn.**

Beim Titel **Oberpostdirektion** erwiderte der Abg. **Kirsch**-Düsseldorf auf eine Bemerkung des Berichterstatters Beck, die Frage, ob überhaupt der **Oberpostdirektionsbezirk Düsseldorf zu teilen sei,** sei nicht so leicht zu lösen, wie jener annehme. Sollte aber eine solche Teilung in Frage kommen, so würde **nicht Essen** als Sitz des neuen Oberpostdirektors in Betracht zu ziehen sein, sondern eine weiter unterhalb Düsseldorf gelegene Stadt. Die Oberpostdirektionen gehören in den Sitz der Regierungen. Deshalb hätte früher die Eisenbahndirektion nicht nach Essen, sondern nach Düsseldorf gelegt werden müssen.

Schließlich wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt.

* * *

104. Sitzung vom 18. Februar.

Der Reichstag setzte heute die Einzelberatung in der

2. Lesung des Postetats

bei den Gehaltstiteln der einzelnen Beamtenkategorien fort. Dabei sprachen mehrere Dutzend Redner. Ein Teil von ihnen trug allerdings rein persönliche Einzelheiten von Beamten vor. Daneben kam auf Anregung der Abgg. **Naumann**-Hofer (frs. Vgg.) und **Köhler** (Wirtsch. Vgg.) die Postagentenfrage zur Sprache. Staatssekretär **Krätke** zeigte an der Hand von Zahlen, daß die Postagenten sich aus allen Berufsständen und allen Altersklassen rekrutieren und daß es daher unmöglich ist, sie unter einheitliche Gehaltssätze zu stellen. Abg. **Schulz** (Rpt.) schnitt dann die Frage der **Ostmarkenzulage** an und verlangte, daß die Linke in die Gewährung widerruflicher Zulagen einwillige. Demgegenüber verhielt sich selbst Abg. **Bassermann** (ntl.) ablehnend, und Abg. **Gröber** (Ztr.) hielt dem Verlangen in humoristischer Rede entgegen, daß eine solche Gewährung nur in Form eines Nachtragsetats möglich sein werde. Nach kurzer Debatte wird der Postetat und im Anschluß daran auch der Etat der Reichsdruckerei **erledigt.**

Bei der nun folgenden allgemeinen Aussprache

zum Justizetat

liegen eine ganze Reihe von Resolutionen vor. Eine Resolution **Hompesch** (Ztr.) fordert, daß den **Untersuchungsgefangenen** allgemein und den Strafgefangenen unter gewissen Voraussetzungen Selbstbeköstigung und eine ihrem Beruf und Bildungsgrad angemessene Beschäftigung gewährt wird. Eine Resolution **Liebert** (Rpt.) fordert einen Versuch mit der Einführung des **überseeischen Strafvollzugs.** Eine Resolution **Heinze** (ntl.) fordert **einheitliche Regelung** des Strafvollzugs, eine Resolution **Bassermann** (ntl.) fordert ein **besonderes** Strafrechtsverfahren gegen **Jugendliche,** ein Antrag **Junck** (ntl.) fordert gesetzliche **Regelung** des Rechts der **Arbeitstarifverträge.** Resolutionen **Ablaß** (fr. Vp.) und **Albrecht** (Soz.) verlangen die Zahlung von **Tagesgeldern an Schöffen** und Geschworene; endlich fordern Resolutionen **Albrecht** (Soz.) die Einführung von **Sondergerichten für Bürogehilfen** und ländliche Arbeiter, gesetzliche Festlegung und Sicherung des Rechts der Zeugnisverweigerung für Redakteure und Reichstagsabgeordnete.

Abg. **Dr. Wagner** (k.) tritt für die Resolution auf Vereinheitlichung des Strafvollzuges ein, erklärt sich aber gegen die Resolution auf das Recht der Zeugnisverweigerung für Redakteure und Reichstagsabgeordnete.

Staatssekretär **Dr. Nieberding:** Die in den Zeitungen enthaltene Nachricht, die Novelle zum Zivilprozeß werde zurückgezogen, **ist falsch,** sie wird vielmehr demnächst dem Reichstag zugehen. Ein Gesetzentwurf, betr. die **Haftpflicht des Reichs für seine Beamten, ist fertiggestellt** und wird demnächst dem Bundesrat zugehen.

Abg. Dr. **Heinze** (ntl.): Wir legen den größten Wert auf die einheitliche Gestaltung des Strafvollzugs. Die Klagen, die von sozialdemokratischer Seite über **Klassenjustiz** erhoben werden, können noch ganz von der Hand gewiesen werden. Es war eben für die Justiz außerordentlich schwer, den neuen Erscheinungen und Begriffen, die mit der plötzlich und gewaltig anschwellenden Arbeiterbewegung sich ihr entgegenstellten, gerecht zu werden. Es muß zugegeben werden, daß namentlich bei der Rechtsprechung in Sachen des Koalitionsrechts Licht und Schatten nicht immer gleichzeitig verteilt werden. Auch bei der Bemessung des Strafmaßes wird nicht immer das Richtige getroffen. In politischen Prozessen werden oft außergewöhnlich harte Urteile gefällt. Aber wenn man auf der einen Seite diese Mißstände ohne weiteres anerkennen muß, so soll man sich auf der anderen Seite doch ebenso sehr vor Verallgemeinerungen und Uebertreibungen hüten, wie sie in der sozialdemokratischen Presse an der Tagesordnung sind. Im weiteren erörtert Redner die Lage des Anwaltstandes, die dringend einer Besserung bedürfe.

Abg. **Brunstermann** (Rpt.) verbreitet sich über die Entschädigung der Schöffen und Zeugen.

Mittwoch 1. Uhr: Fortsetzung. Schluß 6½ Uhr.

Preußischer Landtag.

32. Sitzung vom 17. Februar 1908.

Das **Abgeordnetenhaus** beschäftigte sich heute mit

zwei nationalliberalen Anträgen,

der eine betraf die **Vorbildung der Fortbildungsschüler** und die **Mängel des Volksschulunterrichtes,** der zweite betraf die **weitere Ausbildung begabter Schüler.**

Der Minister **Holle** gab, nachdem der Abg. **Schiffer** (nl.) die erste Interpellation begründet hatte, zu, daß gewisse **Mängel** auf dem Gebiete des Volksschulwesens **existierten,** und versprach, dafür zu sorgen, daß die Ueberführung der Klassen beseitigt, die Lehrerseminare vermehrt und die innere Ausgestaltung der Volksschule gehoben werde.

Abg. **v. Ditfurth** (k.) wünschte statt der Aufnahmeprüfung eine Entlassungsprüfung bei der Fortbildungsschule und bat weiter, die erzieherische Arbeit in der Volksschule in den Vordergrund treten zu lassen.

Der Abg. **Kesternich** (Z.) wies die Anklage zurück, daß die Leistungen der Volksschule nicht genügten. Die Fortbildungsschulen stützten ihr abfälliges Urteil über die Vorbildung der Schüler auf der Volksschule auf den Ausfall der Aufnahmeprüfung, aber er könne diese Prüfung als zuverlässigen Gradmesser der Leistungen der Volksschulen nicht anerkennen. Nur selten widmeten sich heute **begabte Volksschul-**

abiturienten dem Kaufmannsstande und dem Handwerkerstande. Sollen die Aufnahmeprüfungen ein annähernd richtiges Bild der Volksschulbildung bieten, dann müsse vor der Prüfung eine mehrwöchige oder mehrmonatliche **Wiederholung des Volksschulpensums** vorausgehen. Der Volksschüler, der der Schule entfremdet ist und alles abgestreift hat, was ihn an die Schulzeit erinnert, sei nicht befähigt, plötzlich auf Anhieb eine ausreichende Prüfung abzulegen und hierdurch den Prüfstein für den Wert unserer Volksschulbildung abzugeben. Bei der Beurteilung unserer heutigen Volksschule müsse man berücksichtigen, daß sich in den letzten 30 bis 40 Jahren eine soziale, wirtschaftliche Umgestaltung und Umwälzung vollzogen hat. Die preußische Volksschule habe dieser gewaltsam hinstürmenden Zeit gegenüber stand gehalten, und dies sei der beste Beweis für ihre Kraft und ihr Können. Die heutige Volksschule habe mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihre Leistungen nachteilig beeinflussen, vor allen Dingen sei dies die Freizügigkeit und die **Landflucht der Lehrer**. Zur Behebung der Landflucht der Lehrer könne nur eine ausreichende Versorgung der Landlehrer dienen. Man bewillige den Landlehrern bei der bevorstehenden Gehaltsaufbesserung ein ausreichendes Gehalt und mache sie nicht, wie es nach Zeitungsnachrichten geplant sein soll, zu Lehrern dritter Klasse. (Sehr richtig!) Für einen Fortschritt sei es zu halten, wenn **die leidige Methodenreiterei**, wie sie mancher Schulaufsichtsbeamter beliebt, beseitigt würde und wenn jedes Schablonieren aus der Schule verbannt würde. Es sei gegen unsere Seminare der Vorwurf erhoben, daß sie nicht das leisteten, was man von ihnen verlangen müsse. Er wolle aber erklären, daß unsere Seminare im allgemeinen aufwärts streben und ihren Zöglingen ein reichliches Maß von Wissen und Können mit in die Schulpraxis geben. Die Zöglinge seien leider teilweise nicht genügend vorgebildet, er hoffe aber, daß bei der großen Fürsorge der Regierung für die Seminare diesen auch recht bald wohl vorgebildete Zöglinge zugeführt werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Rzesnitzek** (frkons.) hielt die Beseitigung des Lehrermangels vor allen Dingen für erforderlich, um die Mängel unseres Volksschulwesens zu beseitigen. — Kultusminister **Holle** erklärte: Ich sehe in der Hebung des Lehrkörpers das wesentliche Mittel zur Hebung der Volksschule; diese wird durch eine **bessere Avancementsmöglichkeit für die Volksschullehrer** zu bieten sein, insbesondere wird man ihnen mehr als bisher die Laufbahn der Kreisschulinspektoren öffnen müssen. — Abg. **Eickhoff** (frs. Vp.) trat für eine Verringerung der Frequenz in den Schulklassen ein und forderte weiter die Aufstellung eines einheitlichen Lehrplans, während sich der Abg. **Ernst** (frs. Vgg.) besonders gegen den Bureaukratismus in der Schulverwaltung wandte. — Abg. **Hackenberg** (ntl.) trat für eine Verringerung des Memorierstoffes ein, wie schon andere Redner vor ihm, während der konservative Abg. **Heckenroth** die weitere Ausbildung des Lehrerbildungswesens freudig begrüßte und die Unterstützung seiner Partei dafür in Aussicht stellte. Der Abg. **Glattfelter** (Ztr.) schloß die Debatte über den ersten Punkt, indem er ausführte: Die Schule ist so, wie der Lehrer ist, daher muß man dem Lehrer eine Vorbildung geben, die ihn in den Stand setzt, seine hohen Aufgaben zu erfüllen. Es muß vor allem dem häufigen Wechsel an den Präparandenanstalten ein Ende bereitet werden durch eine Hebung dieser Stellen. Die Lehrer dürfen durch die Schulaufsicht nicht zu sehr beengt werden; jedenfalls kann man der geistlichen Schulaufsicht nicht vorwerfen, daß sie den Lehrern zu wenig Bewegungsfreiheit läßt. Das Amt des Lehrers erträgt nicht das Maß von Kontrolle wie andere Aemter, es ist zu sehr auf die Autorität des Lehrers aufgebaut. Die Schule ist eine Vorbedingung für die Zukunft unseres Volkes, und wenn wir für die Schule sorgen, sorgen wir für die Zukunft unseres Volkes. (Beifall.)

Die zweite Interpellation,

betr. Unterstützung besonders befähigter Volksschüler, wurde ebenfalls vom Abg. **Schiffer** (ntl.) begründet. — Kultusminister **Holle erklärte** daraufhin, daß **schon jetzt** genügend Fonds bei den einzelnen Ministerien für die Fortbildung besonders befähigter Schüler vorhanden seien. So beim Landwirtschaftsministerium und beim Handelsministerium. Weiter verweise er auf die zahlreichen Stipendien, auf die Freitische. Auch werde es besonders befähigten jungen Leuten möglich gemacht, die Kunsthochschule zu besuchen. Es geschehe auf diesem Gebiete also schon außerordentlich viel. — Alle Redner sprachen sich sympathisch für den Antrag aus, wenn auch einige Bedenken laut wurden. Für die Konservativen sprach Abg. **Henning**-Kalau, für die Freikonservativen der Abg. **Rzesnitzek**, für die Freisinnige Volkspartei der Abg. **Cassel**, für die Nationalliberalen Herr **Lusenski**, für die Freisinnige Vereinigung Herr **Ernst** und für das Zentrum der Abg. **Geisler**. Letzterer wies darauf hin, daß das, was hier mit Staatsmitteln erreicht werden solle, schon früher **von der Kirche** erreicht worden sei mit den **Klosterschulen**, die den unbemittelten Elementen Gelegenheit gegeben hätten, eine Stellung zu erringen, die sie aus eigener Kraft nicht errungen hätten.

Beide Anträge wurden darauf der Unterrichtskommission überwiesen.

Darauf wird die

Beratung des Kultusetats

fortgesetzt beim Titel **„Ostmarkenzulagen"** für die Lehrer. — Ein **Antrag Lusensky** (nl.) fordert Erhöhung der widerruflichen persönlichen Zulagen an im Dienst befindliche pensionierte Lehrer und Lehrerinnen in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen. Ein Antrag Oldenburg will die Streichung der Worte „gemischtsprachigen Kreise der Provinz". Ein **Antrag Ernst** (frs. Vgg.) will die Erhöhung der Zulage von 300 auf 400 ℳ. — Auf **Antrag Viereck** (fk.) werden die drei Anträge gemeinsam beraten. — Abg. **Lusensky** (nl.) begründet seinen Antrag. — Abg. Dr. **Krüger**-Marienburg (k.) begründet den Antrag Oldenburg. Wenn die Ostmarkenzulagen nur in den gemischtsprachigen Teilen Westpreußens gewährt werden, so würden die rein deutschen Teile förmlich zu Strafkolonien für die Lehrer werden. — Kultusminister Dr. **Holle**: Eine **angemessene Erhöhung der Ostmarkenzulagen muß eintreten**, aber die Zulagen können in diesen Etat nicht mehr gebracht werden. Eine Ausdehnung auf die nicht gemischtsprachigen Teile Westpreußens können wir nicht in Aussicht stellen. — Die Anträge **Lusensky** und **Ernst** werden hierauf **zurückgezogen**. Der Antrag Oldenburg geht an die Kommission zur Vorbereitung der Beamtengehälter.

Dienstag 11 Uhr: Kultusetat.

* *

33. Sitzung vom 18. Februar 1908.

Das **Abgeordnetenhaus** hatte heute zunächst wieder **mit einigen Anträgen aus dem** Hause eingehend zu tun, von denen der eine sich **mit der allgemeinen gesetzlichen Regelung der Schulpflicht**, der andere mit speziell schleswig-holsteinischen Verhältnissen befaßte, **während der dritte die weitere Pflege der Leibesübungen in frischer Luft** bezweckte. Der **Minister** hielt eine einheitliche gesetzliche Regelung der Schulpflicht nicht für besonders dringlich, da sämtliche **einzelne Vorschriften ihrem Inhalte nach im** wesentlichen **übereinstimmten. Alle Redner sprachen** sich aber für die einheitliche gesetzliche Regelung aus, so daß der Antrag ebenso wie der freilich weniger Beifall findende Antrag betr. die **schleswig-holsteinischen** Verhältnisse an die Schulkommission überwiesen wurde. Zu Worte gekommen waren neben den Antragstellern Dr. **Gottschalk** (nl.) und **Engelbrecht** (fk.) noch die Abgg. **Bachmann** (nl.), **Heckenroth** (fk.), **Hanssen** (Däne), **Rzesnitzek** (fk.), **Hoff** (fr. Vgg.), **Graf Reventlow** (k.) und **Glattfelter** (Z.), der sich gegen eine Ausdehnung der Schulpflicht aussprach. Den Antrag über die weitere Pflege der Leibesübungen in freier Luft begründete der Abg. **von Schenckendorff** (nl.), seinen Ausführungen schlossen sich die Abgg. **v. Kölichen** (k.), **Schmedding** (Z.), der seine eigenen Erfahrungen in die Wagschale werfen konnte, **Eickhoff** (fr. Vp.) und **Ernst** (fr. Vgg.) an. Der Antrag, der auch die Zustimmung des Ministers fand, wurde denn auch einstimmig angenommen. Dann legte der Abg. **Kirsch** (Z.) an Beispielen aus dem Bezirk Düsseldorf dar, daß die dortige Regierung nicht die Ansicht des Ministers bezügl. der geistlichen Ortsschulinspektion teile, sondern systematisch durch Einrichtung von Rektoratschulen die Ortsschulaufsicht ausschalte. Dagegen trat der Abg. **Hackenberg** (nl.) für die fachmännische Schulaufsicht ein. — Morgen findet die Fortsetzung der Beratung statt.

„Große" landwirtschaftl. Woche.

(Nachdruck verboten.) I. bcc. **Berlin**, 17. Febr.

Im Februar erhält Berlin für gewöhnlich den Besuch der **ostelbischen Landwirtschaft**. Zunächst tagen zwei hochfeudale Körperschaften, der Landwirtschaftsrat und das Landesökonomiekollegium. Das nennt man „kleine" landwirtschaftliche Woche. Aeußerlich tritt diese Tagung in Berlin kaum in die Erscheinung, denn die Mitglieder dieser Körperschaften sind in Berlin heimisch, sie haben vielfach mit der Landwirtschaft nicht mehr zu tun, wie der Kurenbesitzer mit der Arbeit des Bergmannes unten in der Grube. Im Laufe der Tage, die zwischen beiden Veranstaltungen liegen, verändert sich dann aber für gewöhnlich das Bild. Dann kommen die „Wollonkel", wie man sie früher, als Ostelbien vorzüglich Wolle produzierte, in Anbetracht ihrer großen Geldbeutel und ihrer Bereitwilligkeit zum Geldausgeben da, wo's Mutter wissen durfte, und auch da, wo sie's nicht wissen durfte, nannte. Das Straßenbild bekommt einen fremden Einschlag. Neben dem gewohnheitsmäßigen Asphalttreter der Großstadt, der seine Zeit dort totschlägt, wo das Berliner Straßenleben am pikantesten ist, fallen zahlreiche **urwüchsige Gestalten** auf. Das sind die Schloßherren aus Ostelbien. Am Samstag schon strömten viele Hunderte nach Berlin hinein. Wenn man nun einmal nach Berlin reist, na, dann kommt's in dieser trüben Winterszeit, wo auf dem Lande doch nichts zu machen ist, jedoch nicht auf einen Tag mehr oder weniger an. Am Sonntag folgten noch viel mehr und am Montag die große Masse. Die 6—7000 Menschen, die der **Bund der Landwirte** für ein gutes Gelingen seiner Zirkus-Busch-Parade nötig hat, kommen freilich in der Hauptsache erst am Montag. Dann strömen aus der Umgegend von Berlin die kleinen Bauern herein, die Leute der praktischen Arbeit, denen man ansieht, daß sie den größten Teil des Jahres hindurch in harter Arbeit um ihren Lebensunterhalt sich abrackern müssen. Der Westen ist sehr wenig dabei vertreten. Der wendisch-germanische Mischlingstype gibt der Erscheinung den Charakter.

Den Anfang der „großen" landwirtschaftlichen Woche macht die

deutsche Landwirtschaftsgesellschaft.

Nach ihrem Jahresbericht hat die Gesellschaft 16 054 Mitglieder. Im Berichtsjahre starben aus ihren Reihen der Präsident Fürst zu Inn- und Knyphausen, sowie der Vizepräsident für Bayern, Graf Lerchenfeld-Köfering. Gegenwärtig führt den Vorsitz Herzog **Albrecht von Württemberg**. Der Jahresbericht teilt über die einzelnen Veranstaltungen der Gesellschaft mit, daß alle gute Resultate erzielten. Das gilt vorzüglich von der Düngerstelle, die 4 Millionen Doppelzentner künstlichen Dünger umschlug. In engster Verbindung mit der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft stehen eine Reihe von Ausstellungen verschiedener landwirtschaftlicher Gesellschaften im Institut für Gärungsgewerbe. Sie betreffen die Stärkefabrikation, die Gerste- und die Kartoffelkultur, sowie die Urbarmachung von Moorgebieten.

Die Hauptsache des heutigen Tages aber bildete

die Generalversammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch.

Wie gewöhnlich, beginnt die Versammlung um ½1 Uhr. Schon eine volle Stunde vorher trug die ganze Gegend das charakteristische Gepräge, das die früheren Bundesparaden immer auszeichnete: Große Scharen märkischer Bauern, darunter aber auch Gestalten im Seidenhut mit Monokel, nicht minder auch Damen im Glanze der allerneuesten Moden pilgern ununterbrochen zum Gebäude des Zirkus Busch, das schon von außen so zahllose, in seiner Nähe aufgestellte landwirtschaftliche Maschinen erkennen läßt, daß dort etwas los sei. Die Zeiten, wo der Bund mit der Regierung auf dem Kriegsfuße stand, haben einer Zeit mit friedlicheren Beziehungen Platz gemacht. Was die Polizei bisher wohl ausnahmslos allen Versammlungen, die nicht direkt die Interessen der höheren Kreise vertraten, versagt hat, das hat sie dieser Bundestagung zugestanden, nämlich die **Zulassung der Damen**, die aber in einem besonderen Zuschauerraume Platz nehmen müssen. Die Presse war schwächer vertreten wie in früheren Jahren.

Der zweite Bundesvorsitzende Dr. **Roesicke-Kaiserslautern** eröffnete die Verhandlung mit einem Nachruf auf die Toten des Bundes. Dann fuhr er fort: Die wichtigste Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt ist ohne Zweifel

die Blockpolitik.

(Sehr richtig!) **Der Bund der Landwirte** hat sich von vornherein **der Blockpolitik des Fürsten Bülow gegenüber nicht ablehnend verhalten. Er hat bisher auch keine Veranlassung gehabt**, seinen Standpunkt zu ändern, so lange und soweit es dem Fürsten von Bülow gelingt, durch seine Blockpolitik die Elemente der Linken zur Förderung nationaler Politik heranzuziehen. Über die Stellung des Bundes der Landwirte der Blockpolitik gegenüber denken wir deshalb wie folgt: Wir betrachten sie **als ein Mittel, weitere Schichten des deutschen Volkes als bisher zu nationaler Politik zu veranlassen. Wir befürchten aber, daß es nicht möglich sein wird, dieses Ziel auf wirtschaftlichem Gebiete zu erreichen. Deshalb müssen wir auf der Hut sein, daß wir von unserm** Wege **nicht abgedrängt werden. Wir hoffen, daß** auch Fürst Bülow sich nicht abdrängen lassen wird von der Bahn dieser traditionellen Wirtschaftspolitik, **von dem Grundsatze, daß die Heimatpolitik die erste Stelle** einzunehmen **hat. Wir sind der Überzeugung,** daß er in unserem Sinne die richtigen Wege weiter wandeln wird, und wir freuen uns dessen. Verrohung **und Unsittlichkeit hat** in unserem deutschen Volke um sich gegriffen, und weite Kreise finden **Freude an Tratsch und Klatsch, an Hintertreppenpolitik** usw. Das Land ist der Jungbrunnen für die Menschheit. Lassen Sie das Land sich weiter entwickeln. Hierzu gehört die Förderung der inneren Kolonisation, diese wird nicht nur unser Interesse erwecken, sondern auch tatkräftige Unterstützung finden. Als letztes Ziel gilt hierbei die Schaffung eines eigenen Heims für den Landarbeiter. Wertvoll ist das Bekenntnis des deutschen Landwirtschaftsministers im deutschen Landwirtschaftsrat, daß die deutsche Landwirtschaft allein befähigt ist, das deutsche Volk zu ernähren.

Hierauf nimmt der erste Bundesvorsitzende Frhr. **v. Wangenheim** das Wort: Wir sind gerne bereit, mitzuarbeiten an einer Reichsfinanzreform, wir protestieren aber gegen eine Flickarbeit, die schon im nächsten Jahre das gleiche klägliche Resultat ergeben würde. Das Zusammengehen mit der Linken will ja manchmal noch nicht recht klappen, und bei der Kavallerie kamen neulich einige Widerspenstige noch aus dem Tritt. (Heiterkeit.) Wir hoffen, daß, so wenig Aussicht auch vorhanden ist, die Blockpolitik noch Erfolge haben wird. Wenn wir mit der Linken weiter zusammengehen wollen, so darf die Linke nicht fortgesetzt Forderungen stellen, die uns verletzen müssen.

Alsdann erstattete Dr. **Diederich Hahn** den Geschäftsbericht. Er meinte, der **letzte politische Entscheidungskampf** werde in Deutschland **zwischen dem Bunde der Landwirte und den Sozialdemokraten geführt werden.** Solange die Nationalliberalen mit dem Bunde gingen, werde ihnen keine Gefahr drohen. Was das Zentrum anbelangt, so sei es eine Partei, die von Bürgern und Edelleuten und Bauern gegründet worden sei. Dem Zentrum sind die Lebensinteressen des Landes und der Stadt anvertraut. Wir hoffen, daß das Zentrum sich dessen erinnert und bei den Steuern- und Wirtschaftsfragen an unserer Seite stehen wird. Wir nehmen diese Unterstützung des Zentrums in Anspruch, weil wir niemals Kulturkampf getrieben haben, weil wir unsere katholischen Brüder immer in Schutz genommen haben gegenüber ungebührlichen Angriffen des Evangelischen Bundes. Wenn der Freisinn Regierungspartei sein wolle, dann habe er nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Man sehe es dem Freisinn an, daß er erst kürzlich etwas geworden sei. Er gebe daher ihm den wohlgemeinten Rat, zu lernen, regierungsfähig zu werden.

Das erste Referat hielt hierauf Chefredakteur und Landtagsabgeordneter **Schrempf**-Stuttgart über

die Blockpolitik.

In nationalen Fragen habe das deutsche Volk noch immer einen gesunden Sinn gehabt. Auf der Rechten herrsche Ruhe, auf der Linken aber sehe es so aus, wie in einer **Kinderstube**, wo der Vater oder der Lehrer mit dem Stocke fehle. Ich kann den Herren auf der Linken nur sagen, wir sind früher ohne sie gegangen, und es wird auch wieder ohne sie gehen. Referent hatte zum Thema folgende Resolution eingebracht: „Eingedenk seines Grundsatzes, des Volkes und des Vaterlandes Wohl über den Streit der politischen Meinungen zu stellen, begrüßt der Bund der Landwirte die vom Reichskanzler, Fürsten von Bülow, eingeleitete Blockpolitik als den Versuch einer Verständigung im Kampfe für die Erhaltung und Förderung der nationalen Güter. Der Bund ist bereit, hierbei mitzuarbeiten, um nationale Ziele zu verfolgen. Über den Parteien stehend, lehnt er es jedoch ab, sich von der Verfolgung seiner, die allgemeine nationale Wohlfahrt anstrebenden wirtschaftlichen Ziele irgendwie abdrängen zu lassen."

Mit stürmischen Hochrufen begrüßt, nahm in der Debatte zunächst der Staatsminister a. D.

v. Podbielski

das Wort. Aus eigener Kraft sei Deutschland zu dem geworden, was es sei. Aus eigener Kraft sei aber auch der Bund der Landwirte zu einem großen wirtschaftlichen Faktor geworden. Nord, Ost und West seien in dem Bunde vereinigt. Man versuche jetzt, einen Gegensatz zu konstruieren zwischen Handel, Gewerbe und Industrie einerseits und der Landwirtschaft andererseits. Es sei aber nichts falscher, als das. Wenn es der Landwirtschaft gut gehe, so gehe es auch dem Handel gut. Wir Landwirte sind der festen Überzeugung, daß an einer gesunden Landwirtschaft, an einem gesunden kräftigen Handwerk und Mittelstand alle Angriffe zerschellen werden. Mögen dieselben kommen von rechts oder links, weit über die Mauern dieses Hauses rufe ich: Ihr Männer der Landwirtschaft und des Mittelstandes, schart Euch zusammen, dann werden wir eine Macht sein, an der alles zerschellen wird.

Das zweite Referat hielt der Rittergutsbesitzer **Bock**-Groß-Krutz (Mecklenburg) über

die Reichssteuervorlage,

und begründete folgende Resolution: „Der Bund der Landwirte steht auf dem Standpunkte, daß den Einzelstaaten das ihnen bei der Gründung des Reichs gewährleistete ausschließliche Recht der Erhebung direkter Steuern zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichts ihres Staatshaushalts unbedingt erhalten bleiben muß, während andererseits das Reich die **indirekten Steuern** für seinen Haushalt auszubauen hat. Der Bund ist bereit, an einer großzügigen Ordnung der Reichsfinanzen auf dem Gebiete der **indirekten Steuern** tatkräftig **mitzuarbeiten.** Er lehnt es aber ab, durch Herausgreifen einzelner Gegenstände die bisherige Flickarbeit fortzusetzen. Er fordert im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit eine zeitgemäße **Besteuerung** derjenigen Erzeugnisse, welche **nach ihrer steuerlichen Ertragsfähigkeit dazu besonders geeignet** sind, und warnt vor einer weiteren einseitigen Belastung derjenigen landwirtschaftlichen **Industrien**, welche die Grundlage für den Hackfruchtbau und damit für einen rationellen Betrieb der **Landwirtschaft** bilden. Nachdem den **Kapitalkräften des Landes** durch ihre machtvolle **Verbindung** in der **Form** der Aktiengesellschaften und durch eine weitgehende Fürsorge der Gesetzgebung die Möglichkeit hoher Rentabilität in Industrie und Handel eröffnet worden ist, bezeichnet es der Bund als eine Forderung der Gerechtigkeit, daß sie einer dementsprechenden Besteuerung in Form einer als Stempelabgabe zu erhebenden **Dividendensteuer** unterworfen und daß auf denjenigen Teil des Nationalvermögens, der in ausländischen Wertpapieren angelegt wird, eine besondere börsenmäßige Besteuerung zur Anwendung gelangt."

In der Debatte meinte unter anderm Reichstagsabgeordneter **v. Oldenburg**, wenn auch die Namen der Führer des Bundes bald vergessen sein sollten, ihre Ideen würden leben, so lange es ein Deutsches Reich gäbe. Reichstagsabgeordneter **Liebermann von Sonnenberg** erklärte, daß der Bund dem Freisinn zuliebe auch nicht das kleinste Titelchen preisgeben werde. Chefredakteur Dr. **Oertel**-Berlin meinte, der Bund sei der alte geblieben. Die Knabenjahre habe der Bund jetzt hinter sich. Die Straßendemonstranten hätten erfahren, daß das Gefüge des preußischen Staates so fest sei, daß es nicht wegdemonstriert werden könne.

Zum Schluß **wurden die beiden Resolutionen** angenommen und dann die Generalversammlung mit einem Hoch auf den Bund geschlossen.

Nationalliberale Rechenkünste.

Die „Köln. Ztg." hat, wie sie in Nr. 165 vom 14. Februar mit nicht geringem Stolze konstatiert, bei den letzten Reichstagswahlen „den zahlenmäßigen Nachweis geführt, daß **das Zentrum nur rund ein Drittel der deutschen Katholiken als Wähler hinter sich hat**, daß aber die übrigen zwei Drittel bei den anderen Parteien politischen Unterstand suchen". Mit Genugtuung beruft sie sich jetzt auf den nationalliberalen Abgeordneten Dr. **v. Campe**, der am Donnerstag „festgestellt" habe, „daß 62 Prozent der katholischen Wähler nicht für das Zentrum gestimmt haben, eine Feststellung, die man mit einem Verlegenheitszuruf aus den Reihen des Zentrums beantwortet habe. Nun, wir wüßten nicht, woher eine so große Verlegenheit kommen sollte, meint dazu die **„Köln. Volkszeitung"**. Rechnerische Unterlagen hätte sie nicht. Wir wissen zwar nicht, wie die „Köln. Ztg." und ihr parlamentarischer Kronzeuge zu ihren „Feststellungen" gekommen sind, aber das wissen wir, daß diese Feststellungen **grundfalsch** sind. Es ist das zwar schon bewiesen, als sie zuerst in die Welt gesetzt wurden; es mag aber gut sein, die Seeschlange noch einmal ins rechte Licht zu setzen.

Dabei gehen wir von der Voraussetzung aus, daß, unbeschadet des politischen Charakters der Zentrumspartei, die Zentrumswähler fast ausschließlich als Katholiken angesprochen werden dürfen. Zahlenmäßig ist das um so mehr zuverlässig, als sicher mehr zum Zentrum haltende Katholiken aus taktischen Gründen schon gleich bei der Hauptwahl für andere Parteien als Protestanten für das Zentrum stimmen. Nehmen wir jetzt einmal die Feststellung des Herrn v. Campe her. Nach ihm haben nur 38 Prozent der Katholiken für das Zentrum gestimmt. Da das Zentrum, abgesehen von Polen und Elsäßern, 2 159 000 Stimmen erhalten hat, müssen die 62 Proz. Katholiken, die bei den anderen Parteien politischen Unterstand suchten, dem prozentualen Verhältnis entsprechend 3 522 579 Wähler geliefert haben. Im ganzen müßten es also 5 681 579 katholische Wähler gewesen sein. Da nach Kürschners Jahrbuch für 1908, das eine Reichstagswahlstatistik bringt „unter Berichtigung der oft ungenauen amtlichen Statistik", von den 13 351 000 Wahlberechtigten 11 263 000 gewählt haben, würden die deutschen Katholiken über die Hälfte der Wähler und fast die Hälfte (42 Proz.) der Wahlberechtigten ausgemacht haben. Zu solchen Resultaten führen die erwähnten Feststellungen, und da die logischen Konsequenzen unsinnig sind, müssen es auch die Voraussetzungen sein. Dieser negative Beweis leuchtet ohne weiteres ein.

Aber wir können es auch positiv. Wir haben im Deutschen Reiche ein gutes Drittel Katholiken unter der Bevölkerung. Aus den verschiedensten, hauptsächlich sozialen Gründen, die früher schon in der „Köln. Volkszeitung" erörtert wurden, wird man aber höchstens ein Drittel der Stimmberechtigten für den katholischen Volksteil in Ansatz bringen dürfen. Und da die **Nichtwähler sich auf die Katholiken mindestens** in demselben Maße verteilen werden, wie auf die Nichtkatholiken, kann man ruhig mit den abgegebenen Stimmen operieren, um richtige Verhältniszahlen herauszubekommen. Von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen (11 263 000) entfällt also auf die Katholiken ein Drittel mit 3 754 333 Stimmen. Das Zentrum hat, ebenfalls nach Kürschner, für sich erhalten 2 159 000 Stimmen. Das sind 59 Prozent von 3 754 333 oder von allen für die Katholiken in Rechnung zu stellenden Stimmen.

Das hört sich ganz anders an wie die 38 Prozent, die Herr v. Campe und die „Köln. Ztg." gnädigst konzedieren. Nun kommt aber noch etwas anderes in Betracht. Zu den Katholiken gehören auch die **Elsaß-Lothringer** und die **Polen**. Sie stehen in vielen, besonders in Weltanschauungsfragen, grundsätzlich nicht anders, als die Zentrumsanhänger, wenn die einen auch aus historischen Gründen noch nicht ganz zum Zentrum gekommen sind und die anderen aus nationalen Gründen in absehbarer Zeit nicht zu ihm kommen werden. Bringen wir die entsprechende Stimmenzahl in Ansatz, so ergeben sich für „Zentrum und Verbündete", wie Kürschner es nennt, nach unserer Rechnung 2 671 000 Stimmen. Kürschner rechnet sogar 2 779 000, aber wir wollen einmal bei unserer Ziffer bleiben. Dann haben für „Zentrum und Verbündete" etwa 23,8 Prozent aller deutschen Wähler gestimmt oder, da die Katholiken nur ein Drittel der Wähler ausmachen, dreimal 23,8 Prozent aller zur Wahl gegangenen Katholiken, macht also 71,4 Prozent. Zum „Zentrum und Verbündeten" stehen also doch **annähernd drei Viertel** der Katholiken des Deutschen Reiches, und nur ein starkes Viertel sucht bei den anderen Parteien politischen Unterstand.

So bedauerlich es nun auch sein mag, daß dieses Viertel noch nicht den Weg zum Zentrum gefunden hat, so ist doch soviel klar, daß der Weg, den etwa drei Viertel aus im allgemeinen einheitlicher Grundauffassung heraus gegangen sind, eher der richtige sein wird, als die Pfade, auf denen das eine Viertel aus den verschiedensten Gründen **zu den verschiedensten Parteien** geraten ist. Eben weil es sich nur um ein Viertel oder sagen wir ja drei Zehntel handelt, die nicht für das Zentrum stimmen, und weil sie sich obendrein noch auf unter sich sehr verschieden geartete Parteien wie die liberalen Parteien und die Sozialdemokratie verteilen, sieht man wirklich nicht ein, was großartiges damit bewiesen sein soll. Ja, wenn es 62 Prozent wären. Aber die sind es nicht. Herr v. Campe und die „Köln. Ztg." mögen sich das einmal von einem Tertianer nachrechnen lassen, und dann werden sie ihre „Feststellungen" hoffentlich ins **Raritätenkabinett** stellen.